ATZE

x 9/94

Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 23

September/November 1994 2,50 DM



Kommen die Nazis in den Bundestag?

Nazi-Kader demonstrieren in Kaltenkirchen

Verbotene Nationalistische Front siedelt nach Dänemark um

Liebe Leser, Liebe Leserinnen,

mensch könnte meinen, die Regierenden hätten auf einmal das rechte Auge geöffnet. Wütende Empörung über das Deckert-Urteil des Mannheimer Gerichts, tausende von Polizisten auf der Straße, um einen faschistischen Aufmarsch zu verhindern. Doch der Schein trügt. Das Mannheimer Urteil ist kein Anlaß, über die deutsche Justiz nachzudenken. Urteile, die mindestens genauso skandalös sind wie das von Mannheim, Urteile, in denen Nazi-Schlägern zu gute gehalten wird, daß ihr Opfer ja schwarze Hautfarbe hatte, Urteile, in denen AntifaschistInnen wegen legitimer Gegenwehr zu Gefängnis verurteilt werden, mörderische Abschiebungsentscheidungen - all das bleibt unbestrittene Normalität. Das Verbot des Nazi-Gedenkmarsches wird gleichzeitig dazu benutzt für eine Einschränkung des Demonstrationsrechtes Stimmung zu machen; in Bremen werden AntifaschistInnen in „Unterbindungsgewahrsam" genommen. Die Bundesregierung finanziert Zeitungen, in denen Auschwitzleugner sich breit darstellen können. Es bleibt also dabei - wer nicht will, daß Nazi-Schläger und ihre Stichwortgeber das Klima hier beherrschen, muß schon selbst aktiv werden.

Im April 1993 berichtete der israelische Journalist Yaron Svoray von einer brisanten Aktion. Als Ron Furey hatte er sich in die bundesdeutsche Nazi-Szene eingeschlichen. Nachdem er erklärt hatte, er solle im Namen eines amerikanischen Millionärs Nazi-Gruppen aussuchen, die großzügige finanzielle Unterstützung erhalten würden, präsentierten sich ihm eine Reihe deutscher Nazi-Funktionäre. Der ehemalige Chef der verbotenen „Nationalistischen Front", Meinolf Schönborn, legte ihm einen Finanzierungsplan für den weiteren Aufbau einer „Kaderorganisation" vor. Darin war die Ansiedlung eines Zentrums im „sicheren Ausland" eingeschlossen. Obwohl der Plan damals floppte, scheint Schönborn jetzt doch Geldgeber gefunden zu haben. Vor kurzem kaufte er eine Firma und ein Haus im dänischen Kvaers. Vermutlich plant er, entsprechend der von ihm vorgelegten Finanzierung, von dort aus den Aufbau einer Organisation in der BRD zu steuern. Dänische AntifaschistInnen haben für den 24. September eine Demonstration in Kvaers geplant. Der öffentliche Druck hier und in Dänemark muß jetzt so stark werden, daß den Nazis endlich die Möglichkeit genommen wird von Dänemark aus sicher zu agieren.

An dieser Stelle noch eine Bitte: um die ATZE noch umfangreicher zu gestalten und besser präsentieren zu können, sind wir auf die Hilfe unserer LeserInnen angewiesen. Abonniert die ATZE, verschenkt sie oder meldet Euch bei uns als HandverkäuferInnen.

Die **ATZE**-Redaktion

Atze

Antifaschistische Zeitung Kiel
Schweffelstraße 6,
24118 Kiel
Auflage: 700
Nr. 23, September/November 1994
V.i.S.d.P.: W. Petersen
Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder den AutorInnen.
Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postgiroamt Hamburg
BLZ: 200 100 20
Redaktionsschluß für die Nr. 24: 5. November1994

Inhaltsverzeichnis

Vor unserer Haustür

Verbotene Nationalistische Front siedelt nach Dänemark um .....S. 9

Schleswig Holstein

Schon Gehört? ... S. 17
Verteiler der Remer-Depesche in Lübeck aufgeflogen ... S. 12
Ein Kriegsverbrecher macht Heimaturlaub ... S. 12
Sonnenwendfeier von Nazis in Westerrönfeld ... S. 13
Holstein Kiel - VFL Lübeck: Nazi-Hools entgegentreten ... S. 13
Aktion „Deutsches Königsberg" - ein Netzwerk wird verankert ... S. 14

Heß-Gedenktag 1994

Nazi-Demonstration in Kaltenkirchen ... S.5
Antifaschistische Aktivitäten ... S.6
Hess-Gedenkwochen light .....S. 7

Stoppt Nazi-Zeitungen

„Junge Freiheit" in der Krise? ... S. 18
VVN stellt Strafanzeige gegen „Europa Vorn" ... S. 19

Sonstiges

Kommen die Nazis in den Bundestag?
Deckert und kein Ende - Vom Umgang mit einem Skandal, der eigentlich keiner ist ... S. 20
Meldungen ... S. 22
Die „Europäische Hausordnung" ... S. 23
Buchbesprechungen ... S. 24
USA: neuer Mord militanter Abtreibungsgegner ... S. 25

Bundestagswahl am 16. Oktober

Kommen die Nazis in den Bundestag?

Nach jahrelanger Fehde haben sich am 22. August 1994 die Führer der beiden faschistischen Parteien Deutsche Volksunion (DVU) und Republikaner (REP), Gerhard Frey und Franz Schönhuber, in einer gemeinsamen Erklärung zu ihrer zukünftigen Zusammenarbeit geäußert. Kurz vor der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 wird damit versucht, den Einzug in den Bundestag, dem große Bedeutung beigemessen wird, doch noch sicherzustellen.

Zuletzt hatte es nämlich nicht mehr danach ausgesehen, daß die REP einen solchen Durchbruch erzielen könnten. Bei der Europawahl im Juni 1994 landeten die REP bei 3,9 %. Umfragen sahen diese faschistische Partei zuletzt bei 1,5 % der Stimmen. Auch wenn solche Wahlvorhersagen mit Vorsicht zu genießen sind und bis zum Wahltag noch einige Wochen ins Land gehen, so breitete sich doch auch im Lager rechts der CDU/CSU zunehmend Skepsis bezüglich des Einzugs in den Bundestag aus.

Zunächst war 1994 der Einzug in die Hamburger Bürgerschaft verfehlt worden; REP und DVU scheiterten jeweils an der 5%-Klausel. Zählt man deren Prozente zusammen, so wäre ihnen der Einzug ins Parlament der Hansestadt jedoch geglückt. DVU-Chef Frey nutzte die von ihm herausgegebenen Nazi-Zeitungen *Deutsche National-Zeitung* und *Deutsche Wochen-Zeitung* in den folgenden Monaten dazu, Schönhuber Angebote zur Zusammenarbeit zu machen. Dieser hingegen versuchte zunächst lange Zeit, die REP mittels einer formalen Abgrenzung von der DVU und anderen faschistischen Wahlparteien als konservativ-demokratische Rechtspartei darzustellen. Dies gelang in den letzten Monaten allerdings immer weniger. Dabei kann getrost davon ausgegangen werden, daß entsprechende Enthüllungen der Verfassungsschutzämter über Gewalttaten und antisemitische Aktionen von REP-Mitgliedern auch den Zweck erfüllen sollen, rechtsextreme WählerInnen wieder der CDU/CSU zuzuführen. Dies ist immerhin erklärtes Ziel der Bonner Regierungspartei.

Mit dem Verzicht von *NPD*, *Deutscher Liga für Volk und Heimat*, der *DVU* und dem *Bund freier Bürger* (*BfB*) (Europawahlergebnis: 1,1 %) auf Teilnahme an den Bundestagswahlen treten als bedeutende faschistische Organisation nur die REP an. Öffentlich zur Unterstützung der REP rufen inzwischen zudem auch Teile des offen gewalttätigen Nazi-Spektrums um die *Nationale Liste* in Hamburg sowie in Bremen auf.

22.August 1994

Meinungsaustausch zwischen Franz Schönhuber und Dr. Gerhard Frey

Alarmiert durch Nachrichten, daß nun auch die CDU auf die Linie der doppelten Staatsbürgerschaft einschwenkt, das Abstammungsprinzip aufweichen will und somit Deutschland als Land der Deutschen in Frage gestellt wird, trafen die Vorsitzenden der DVU und der Republikaner, Dr. Gerhard Frey und Franz Schönhuber, zu einem Meinungsaustausch zusammen.

Franz Schönhuber und Dr. Frey wenden sich mit aller Schärfe gegen die zunehmende Kriminalisierung und Terrorisierung der demokratischen Rechten. Sie weisen hierauf gerichtete rechtswidrige Machenschaften, etwa des bayerischen Innenministers Dr. Beckstein sowie der SPD-Innenminister Schnoor und Dr. Birzele, auf das entschiedenste zurück.

In einer Zeit, in der Gespräche zwischen Gregor Gysi und Edzard Reuter als normal registriert, Ex-Kommunisten von den Medien hochgepäppelt werden und die rote Volksfront die Bundesrepublik umzukrempeln droht, wollen die beiden Parteivorsitzenden ein Zeichen setzen.

Beide Vorsitzende sind sich darin einig, daß der linken Volksfront eine rechte Abwehrkraft entgegengesetzt werden muß, zu der die CDU/CSU mit Exponenten wie Süßmuth, Geißler, Blüm, Pflüger und Glück weder willens noch in der Lage ist.

Einig waren sich die etablierten Parteien in der Anwendung des Prinzips divide et impera uns gegenüber. Deshalb wollen die beiden Parteivorsitzenden unter Beachtung bestehender und verbindlicher Parteibeschlüsse ihren Parteien empfehlen, Auseinandersetzungen einzustellen und zu einem Verhältnis zu gelangen, das insbesondere bei Wahlen eine Selbstblockade verhindert.

Dr. Frey und Franz Schönhuber verurteilen bedingungslos jede Mißachtung der Rechtsordung - insbesondere die immer mehr um sich greifende Gewalt - als Mittel der politischen Auseinandersetzung. Sie warnen weiter vor den auf der sogenannten rechten Szene herumvagabundierenden Kleinstgruppierungen, Ligen und Vereinigungen, die nach bestehenden Erkenntnissen nichts anderes als die trojanischen Esel der sogenannten Verfassungsschutzämter darstellen.

Über die zukünftigen Formen des Verhältnisses der beiden Parteien entscheiden jedoch nicht die Vorsitzenden. Dies ist Sache der jeweiligen Parteibasis und wird bei den kommenden Parteitagen zur Diskussion gestellt und entschieden werden.

Wenn es wie jetzt um entscheidende Weichenstellungen für unser Land geht, muß es in Kauf genommen werden, daß die Gegner jeglicher Form des Patriotismus auf diesen Meinungsaustausch mit Unterstellungen und Verdrehungen reagieren werden. Die CSU sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß ihrer früheren Parteispitze die engen Beziehungen zwischen führenden CSU-Politikern wie dem einstigen Innenminister Dr. Seidl sowie dem Kultusminister Professor Maunz und Dr. Frey durchaus bekannt waren.

(Franz Schönhuber) (Dr. Gerhard Frey)

Verbrüderung ganz rechts - Deutsche National Zeitung

Quo vadis REP ?

Die breite Unterstützung aus dem Lager rechts von CDU/CSU bedeutet für die REP jedoch nicht nur eine Chance, sondern auch eine Gefahr, die zudem durch Schönhubers jüngste Verbrüderung mit dem Münchner DVU-Chef Frey noch verstärkt worden ist.

Schönhuber und Frey haben in ihrer Erklärung vom 22. August erklärt, die „Auseinandersetzungen einzustellen und zu einem Verhältnis zu gelangen, das insbesondere bei Wahlen eine Selbstblockade verhindert." Ziel der Absprachen sei es, „der linken Volksfront eine rechte Abwehrkraft" entgegenzusetzen. Das Treffen der beiden Rechtsaußen ist von der Öffentlichkeit und großen Teilen der REP-Landesverbände zurecht als Schulterschluß der beiden mit-

gliederstärksten faschistischen Organisationen eingeschätzt worden. Außer den REP-Landesverbänden von Hamburg und Baden-Württemberg hat sich auch der REP-Landesverband Schleswig-Holstein gegen eine Annäherung an die DVU ausgesprochen (Presseerklärung des stellv. REP-Landespressesprechers Gerd-R. Kaczenski), weil dies gegen bestehende Parteitagsbeschlüsse verstoße.Daß Schönhuber nun umstandslos gegen die von ihm selbst lange Zeit vertretene Linie verstößt, zeigt zumindest zweierlei: inhaltlich gibt es - trotz aller anderweitiger Behauptungen - kaum Unterschiede zwischen REP und DVU. Und Schönhuber steht so unter Erfolgsdruck, daß er nun mit Altnazi Frey paktiert, während er noch vor kurzem dafür Parteiausschlüsse erwirkt hat.

Die geschlossene Rechtsfront mag die Aussichten der REP ein wenig verbessern; eine Garantie für den Einzug in den Bundestag sind sie jedoch noch lange nicht.

Scheitern die REPs demnach am 16. Oktober, so wird der bereits sichtbare Verlust Schönhubers an Einfluß schnell zunehmen; der Streit um die Nachfolge wird die Partei mit großer Wahrscheinlichkeit zur Bedeutungslosigkeit treiben. Teile des daran beteiligten Spektrums könnten im Bündnis mit dem *Bund freier Bürger* des Ex-FDP-Funktionärs Brunner versucht sein, einen deutschen Ableger der österreichischen FPÖ zu gründen. Als Namen geistert bereits „Die Freiheitlichen!" durch den rechten Blätterwald. Inwiefern sie hierbei Unterstützung vom wachsenden nationalliberalen Flügel der FDP erhalten werden, hängt vor allem davon ab, ob diese Partei am 16. Oktober die 5 %-Hürde überklettern wird. Wie der BfB könnte sich diese neue Partei mit Aussicht auf Erfolg mit ihrem Profil einer Mischung neoliberaler Wirtschaftskonzepte und neurechter Gesellschaftsentwürfe als künftiger rechter Koalitionspartner von CDU/CSU anbieten.





Kein Grund zur Beruhigung

Sollten die REP am 16. Oktober an der 5%-Hürde scheitern, so ist das zwar einerseits erfreulich, darf jedoch zugleich nicht zu der Einschätzung führen, damit wären rechte Positionen in dieser Gesellschaft ein Stück isoliert und zugunsten aktiven demokratischen Engagements zurückgedrängt worden. Für das vergleichsweise schlechte Abschneiden der faschistischen Parteien bei den letzten Wahlen war nicht unerheblich, daß CDU/CSU, aber in Teilen auch die SPD, Programmaussagen der REP übernommen und zum Teil in reale Politik umgesetzt haben.

Die von den bürgerlichen Medien und PolitikerInnen mehrere Jahre lang betriebene Anti-Asyl-Kampagne hat die Anwesenheit von Flüchtlingen zum zentralen gesellschaftlichen Problem gemacht; selbst vom „Staatsnotstand" war in Regierungskreisen die Rede. Mit dem sog. „Asylkompromiß" von SPD und CDU/CSU wurde das Asylrecht *faktisch* beseitigt. Unter Führung der CDU/CSU hatte hier eine Große Koalition den BürgerInnen Handlungsfähigkeit in einem gesellschaftlichen Bereich demonstriert, den man zuvor selbst erst zum Problem aufgebauscht hatte.

Die im Zuge der Asylrechtsbeseitigung deutlich gewordene Rechtsverschiebung der bürgerlichen Parteien findet nun ihre Fortsetzung in der Kampagne zur sog. „Inneren Sicherheit". Dies läßt sich z.B. an den Passagen der Wahlprogramme zeigen, wo die Übereinstimmung zu REP-Aussagen deutlich zugenommen hat.

Für die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit dürften jedoch die Wahlplakate wichtiger sein. Auch sie haben vor der Europawahl eine deutliche Sprache gesprochen. So knüpft der dort verbreitete SPD-Slogan „Die Mafia in Europa zerschlagen" an die inzwischen weit verfestigte gedankliche Verbindung von „Kriminalität" und „Ausländer" (Mafia) an und bestätigt sie. Zugleich greift sie das im Zuge der Anti-Asyl-Kampagne durchgesetzte „Notstands-Notwehrrechts-Denken" auf: „Zerschlagen" meint „kurzen Prozeß" und Ausweitung polizeilicher und geheimdienstlicher Befugnisse. Hier geht es um einen Staat, der sich durch den „Willen zur Tat" und nicht durch die Orientierung an BürgerInnenrechten und Demokratie auszeichnet.

Schließlich wird in diesen Wochen auch die von Frey und Schönhuber geforderte „rechte Abwehrkraft" gegen die „linke Volksfront" von der CDU/CSU bereits umgesetzt; nicht zufällig hat die Regierungspartei ihre „Rote Socken"-Kampagne ganz groß rausgebracht und wird dies in der bis zur Wahl verbleibenden Zeit noch weiter verstärken.

So geht gegenwärtig eine Schwächung des parteipolitisch organisierten Neofaschismus, die auch in den letzten Wahlergebnissen zum Ausdruck gekommen ist, mit einer Stärkung rechter Positionen in den etablierten Parteien einher. Antifaschismus kann sich daher heute noch weniger als früher auf die Bekämpfung faschistischer Organisationen und Schlägertrupps beschränken; die Kritik der Rechtsentwicklung der bürgerlichen Parteien ist so wichtig wie die konsequente Verteidigung und der Kampf um den Ausbau sozialer und demokratischer Rechte.

(AV)

Nazi-Kader demonstrieren in Kaltenkirchen

Zu einer Demonstration von ungefähr 60 Faschisten kam es am 21. August in Kaltenkirchen. Von 10.00 bis ca. 10.20 Uhr konnten diese ungestört durch den Ort ziehen und ihre Propaganda verbreiten. An der Demonstration waren führende Kader der schleswig-holsteinischen und hamburger Nazi-Szene sowie einige englische Nazis der British National Party beteiligt. Angeführt von jeweils einer Fahne der Jungen Nationaldemokraten (NPD Jugendorganisation) und der FAP marschierten an der Front des Zuges die beiden FAP-Aktivisten Glenn und André Goertz aus Halstenbek. Im Zug befanden sich aber auch andere führende Nazi-Funktionäre wie der Hamburger Führer der Nationalen Liste Christian Worch, der „Rechts"-Anwalt Jürgen Rieger sowie der Vorsitzende der Deutschen Nationalisten Michael Petri. Mit dieser Demonstration, die vermutlich schon länger geplant war, erklärt sich auch, warum die Hamburger Neonazis der NL unter Christian Worch und andere Norddeutsche Nazis am Wochenende davor in Luxemburg nicht in Erscheinung getreten waren. Vermutlich wollten sie sich die Demonstration in Schleswig Holstein als letzte Möglichkeit, doch noch an irgendeinem Ort in der BRD zu marschieren, in Reserve halten. In einer vom FAP-Landesvorsitzenden André Goertz verbreiteten Presseerklärung wird die „Demonstration in Kaltenkirchen" als „die einzige öffentliche Kundgebung zu Ehren des Friedensfliegers Rudolf Hess auf Bundesdeutschem Boden, die von den Sicherheitskräften nicht verhindert werden konnte" abgefeiert.

Interessant ist allerdings, ob die Demonstration tatsächlich nicht verhindert werden konnte, oder ob sie von den Polizeikräften geduldet wurde. Im Februar dieses Jahres erließ der Schleswig Holsteinische Innenminister Richtlinien zum „ordnungsbehördlichen und polizeilichen Vorgehen bei Veranstaltungen von Rechtsextremisten". In diesen wird angeordnet „eine niedrige Einschreitschwelle anzusetzen" und schon die „Verherrlichung führender Personen der NS-Diktatur" für die Auflösung einer Versammlung und die Feststellung der Identität der TeilnehmerInnen ausreichen zu lassen. Trotzdem scheint es, als habe die Polizei die Nazis wieder einmal gewähren lassen. Ab 8.00 Uhr stand im Nachbarort Henstedt-Ulzburg ein Zug Bereitschaftspolizei zur Verfügung. Ein Motorradpolizist hatte die Nazis schon auf der Autobahn Hamburg-Flensburg als solche ausgemacht und sie begleitet. Nach Angaben des Einsatzleiters der Polizei wurde die Anwesenheit der Nazis jedoch erst um 10.15, also während der Demonstration, gemeldet. Hat also dieser Motorradpolizist, der die Demonstration auch begleitete, absichtlich keine Meldung gemacht oder ist die Angabe der Einsatzleitung falsch? Weiter liegen der Segeberger Zeitung Informationen darüber vor, daß sich zum Zeitpunkt der Demonstration „genügend Polizeikräfte in Zivil" in Kaltenkirchen aufgehalten haben. Diese seien eingesetzt worden, um einzelne Personen aus der Rechten Szene zu beobachten. Zu diesem Punkt gibt es keine Auskunft der Polizei - es handle sich um Einsatzkräfte aus Hamburg über die nichts gesagt wer-



Die Spitze des Demonstrationszuges in Kaltenkirchen

den könne.

Tatsächlich waren also genügend Polizeikräfte vor Ort, um den Aufmarsch zu verhindern. Wenn die Aussage des Einsatzleiters Jens Rossow, Polizeichef in Henstedt-Ulzburg, stimmt, nach dem die „Polizei keine Fehler gemacht" hat, wurde diese geduldet und als legale Demonstration angesehen.

Das Kaltenkirchen Ziel der Nazi-Demonstration war, ist keine Überraschung. Die Region war schon häufiger Ziel von Nazi-Aktivitäten. Vor einem Jahr fand z.B. eine NL-Kundgebung in Henstedt-Ulzburg statt. Etliche JN-Mitglieder wohnen im Kreis Segeberg und Lentföhrden, die FAP-Bundesgeschäftsstelle befindet sich in Halstenbek bei Pinneberg. NL, FAP und JN bemühen sich schon länger, sich in der Region auszubreiten. Auch wenn die ganze Demonstration sich nach außen hin eher als etwas lächerliche „hit and run"-Aktion darstellt - kurze Anfahrt, schnell durch die Stadt gelaufen und mit fliegenden Fahnen wieder abhauen - macht der Ablauf deutlich, daß mensch sich auf die Polizei als sichernde Kraft nicht verlassen darf. Es ist klar, daß nur aktive AntifaschistInnen den immer frecheren Aktionen dieser Nazis etwas entgegensetzen können und wollen.



Englische Nazis von der British National Party in Kaltenkirchen

Antifaschistische Aktivitäten - eine Auswahl -

Bremen die Erste

Nachdem ein antifaschistischer Informationsstand von der Polizei angegriffen wurde und es zu 17 Festnahmen kam, fand eine Demonstration statt, die ebenfalls brutal von der Polizei zusammengeknüppelt wurde. Insgesamt gab es 40 Festnahmen, welche von der Polizei damit gerechtfertigt wurden, daß dort wo Faschisten nicht demonstrieren dürfen, dies auch für Antifaschisten gelte

Bremen die Zweite

150 Menschen nahmen an einer Demonstration teil, die den Zweck hatte den Faschisten Markus Privenau aus Woltmershausen zu entlarven. Die Einsatzleitung der Polizei verbot unter Gewaltandrohung jegliche Demonstration und ließ als einzige Möglichkeit eine Kundgebung unter Polizeibeobachtung auf dem Gruenenkamp zu. Die Demo löste sich daraufhin auf

Nürnberg

An der Demonstration nahmen 1000 - 1500 AntifaschistInnen teil. Die Demonstration sollte vor das JN-Schulungszentrum in der Pirkheimerstr. 67 führen. Kurz vor dem Schulungszentrum wurde die Pirkheimerstr. durch Polizei blockiert, obwohl die Demonstrationsroute vom Ordnungsamt Nürnberg genehmigt wurde. Hier kam es dann auch zu Ubergriffen der Polizei gegen DemonstrationsteilnehmerInnen wohingegen Faschisten, die die Demonstration anpöbelten und versuchten anzugreifen, von Polizeikräften nicht etwa daran gehindert wurden sondern diese schützten als sie AntifaschistInnen dies nicht gefallen lassen wollten. Darüber hinaus konnten die Faschisten in aller Seelenruhe den Schutz der Polizeiausnutzen und die DemonstrationsteilnehmerInnen fotografieren.

Rhein/Main

Im gesamten Rhein/Main Gebiet fanden am 13.8.94 Blockaden gegen AktivistInnen der faschistischen Szene statt. So wurde bei Hanau das Haus des GdNF Kader und Ex-REPVorsitzenden von Meintal, Klaus zur Lienen, von ca. 30 Personen blockiert. Desweiteren wurden Wohnungen von Faschisten in Frankfurt, darunter die Wohnung des bekannten Altnazis Otto Rhies blockiert. Die Demonstration für das Rhein/Main Gebiet fand in Aschaffenburg statt. Sie wurde von einem massiven Polizeiaufgebot begleitet und führte an Wohnungen von bekannten FAP - Aktivisten aus der Region vorbei.

Berlin

An der für Berlin angemeldeten Demo nahmen ca. 1000 Personen teil. Ziel der Demonstration war die Wohnung des GdNF Kader und Schmuddel-Rockers Arnulf Priem. 500 Meter vor dem Wohnsitz wurde die Demonstration von Polizeikräften gestoppt. Hierbei wurde massiv Tränengas und Schlagstock eingesetzt, während auf dem Dach von Priems Haus ca. 20 vermummte Faschos standen und die anwesende Presse sowie den Demonstrationszug mit Steinen bewarfen und mit Stahlkugeln beschossen. Erst nach diesen Aktionen sah sich die Polizei genötigt einzugreifen. Arnuf Priem und seine Stiefelnazis wurden festgenommen.

Düsseldorf

In Düsseldorf gab es unter anderem eine Demonstration, an der ca. 600 Menschen teilnahmen. Ziel dieser Demonstration war es u.a. aufzuzeigen, welche Düsseldorfer Neofaschisten für die im Sommer 1993 begonnene Reorganisierung der FAP verantwortlich sind. Wie die VeranstalterInnen berichteten, ist das Ziel der Demonstration erreicht worden.

Bonn

Ca. 250 - 300 Menschen demonstrierten im Bonner Stadtteil Duisdorf gegen den Mitorganisator des „Rudolf Hess Gedenkmarsches", Norbert Weidner. Die Demonstration konnte nicht wie geplant vor das Haus des örtlichen Neonazis ziehen, da dies von der Polizei verboten wurde.

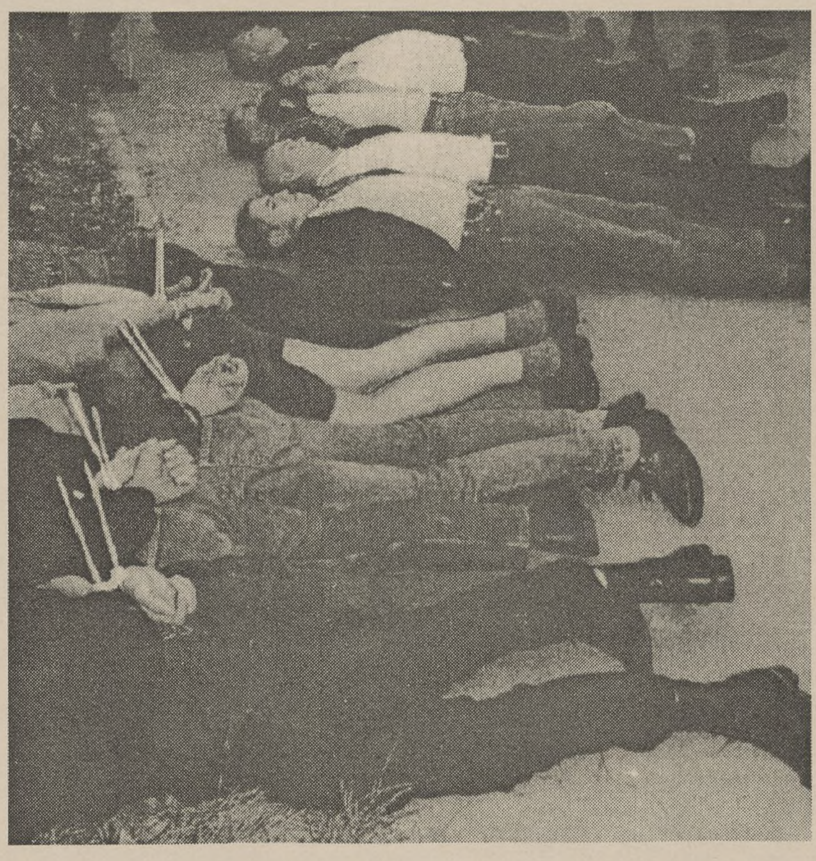
Hamburg

In Hamburg nahmen ca. 800 AntifaschistInnen an einer Demonstration teil, die vor das Wohnhaus und die Kanzlei des Rechtsanwaltes Jürgen Rieger führen sollte. Aufgrund der starken Polizeipräsenz konnte die Demonstration nicht vor das Haus von Rieger gelangen. Der Faschist Rieger und Christian Worch, der ideologische Leiter der Nationalen Liste hatten auch für eigenen Schutz gesorgt. Vor dem Haus waren Faschisten mit Funkgeräten postiert und auf Streife.

(Informationsdienst Schleswig Holstein)

Heß-Gedenkwoche light

Der Versuch einer Kundgebung von vielleicht 100 Personen vor der deutschen Botschaft in Luxemburg, eine Kleinstdemo in Kaltenkirchen, einige Transparente über den „Märtyrer für Deutschland", der seit mittlerweile acht Jahren von seinem „Märtyrium" befreit ist, auf der Autobahn Hamburg-Lübeck: die diesjährigen Aktivitäten deutscher und europäischer Neonazis zum Todestag von Rudolf Hess verliefen weitgehend im Sande. Obwohl seit Ende Mai vom sogenannten „Wunsiedel-Komitee" unter Sprecher Christian Worch zu einer „Nationalen Aktionswoche" aufgerufen wurde, schafften es die Nazis gerade mal zwei nennenswerte öffentliche Treffen zustandezukriegen. Dabei bezogen sie bei dem Versuch, vor der deutschen Botschaft in Luxemburg zu demonstrieren, Prügel und wurden, nachdem in Windeseile ca. 100 Personen festgenommen und abends ausgewiesen wurden,. Nachdem sich der „Heß-Gedenkmarsch" in den letzten Jahren zum strömungsübergreifenden Kristallisationspunkt der deutschen und europäischen Nazi-Szene entwickelt hatte, scheint diese Entwicklung gebrochen.



In bislang unbekannter Manier haben dieses Jahr Polizei und Justiz gegen eventuelle Hess-Gedenkdemonstrationen reagiert. Alle im Bundesgebiet unter diesem Motto angemeldeten Demonstrationen (ca. 30) wurden vorsorglich verboten. Im gesamten Bundesgebiet standen massive Einsatzkräfte der Polizei bereit, um Demonstrationen zu verhindern. Am Rande verschiedener Aktivitäten wurden einige Nazis festgenommen, ein paar davon, wie z. B. „SS-Siggi" Borchardt aus Dortmund in Vorbeugehaft genommen oder wie Arnulf Priem in Berlin, nach Provokationen, wegen Verdachts der „Bildung bewaffneter Haufen", festgenommen. Diese Haltung war die Reaktion auf die letztjährige Demonstration der Nazis in Fulda. Nach Demonstrationsverboten in anderen Städten hatte sich eine Karawane von Autos und Bussen mit einigen Hundert Nazis ungehindert mehrere Hundert Kilometer nach Fulda bewegt, wo sie ungehindert demonstrieren konnten. Die Polizei entfaltete zwar ungeheure Aktivität, AntifaschistInnen aus Fulda zuhalten und festzunehmen, sah aber tatenlos zu, wie die Nazis unter Verwendung verbotener Kennzeichen, mit Hitlergruß durch Fulda marschierten. Diese Demonstration hatte im In- und Ausland große Empörung verursacht. Daher sollte von Seiten der Polizei und Justiz diesmal eine solche Schlappe vermieden werden. Die Organisatoren des „Wunsiedel-Komitees" hatten versucht, durch die Anmeldung unzähliger Demonstrationen einerseits den Ort ihrer geplanten zentralen Demonstration zu verschleiern und andererseits eventuell doch irgendwo eine Demonstration genehmigt zu kriegen. Eine solche Demonstration wurde in Heide angemeldet. In der Verbotsverfügung führt das Gericht aus, es bestehe die Gefahr, daß, ähnlich wie in Fulda „... aus der Versammlung heraus nationalsozialistisches Gedankengut verbreitet wird und dabei Straftaten begangen werden".

Es zeigte sich erneut, daß die Szene in den letzten Jahren sehr eng zusammengerückt ist und bei der Zusammenarbeit keine Schwierigkeiten mehr bestehen. In Heide wurde die Demonstration von Michael Stahl angemeldet, demist Organisationsleiter einer kaum bekannten NFDAP (Nationalistische Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei) und Mitglied in der NSDAP/AO. Als er vor einigen Jahren eine Haftstrafe abzusitzen hatte, wurde er in der Zeitschrift des notorischen Nazis Ernst Tag als „nationaler Gefangener" auf der Liste der zu unterstützenden Gefangenen geführt. Tag betreibt eine Konkurrenzorganisation zum altbekannten Hilfskomitee Nationaler Gefangener (HNG). Kurz vor dem 13. August wurden auch von der NPD Demonstrationen in Heilbronn und Stuttgart angemeldet. Offiziell ging es bei diesen Demonstrationen zwar um den Prozeß gegen deren Vorsitzenden Deckert, tatsächlich sollten sie aber den legalen Raum für die Hess-Demo bieten. Diese Zusammenarbeit von NPD und militanten Organisationen bestätigt erneut Beobachtungen der letzten Jahre, nach denen nicht nur ein reger Mitgliederwechsel von der NPD beispielsweise hin zur inzwischen verbotenen Nationalistischen Front stattfindet, sondern auch die Bereitschaft zur direkten Zusammenarbeit stark gestiegen ist.

Allerdings läßt das gesamte Vorgehen der Organisatoren des „Wunsiedel-Komitees" einige Zweifel daran aufkommen, ob sie tatsächlich eine zentrale Demonstration durchsetzen wollten oder ob ihre Kräfte dazu gar nicht ausreichten und es ihnen eigentlich nur um den Medienummel ging, den ihre Aktionsankündigung verursachte. Alle bekanntgewordenen Demonstrationsanmeldungen bezogen sich direkt auf Rudolf Hess. Versucht man normalerweise eine Demonstration durchzusetzen, die

UNTERSTÜTZT UNS IN UNSEREM KAMPF!
WERDET FÖRDERER!

Ich möchte dem Förderkreis der NSDAP/AO beitreten. Beiliegend ist mein erster Förderbeitrag (DM 10,00 monatlich; Schüler, Studenten, Soldaten, Rentner, Beschäftigte und Arbeitslose: DM 5,00 monatlich), den ich jeden Monat pünktlich und regelmässig überweisen werde. (Förderer bekommen den NS KAMPFRUF automatisch.)

Name: Stahl, Michael

Anschrift: [illegible]

Kenn-Nummer: ____
(Wer eine Kenn-Nummer hat, braucht Namen und Anschrift nicht anzugeben.)

(X) Ja! Senden Sie mir regelmässig Päckchen mit Propagandamaterial. Ich will mitkämpfen und werde es wirksam einsetzen.

( ) Nein! Senden Sie mir keine Materialpäckchen. Ich bin nicht in der Lage, Propagandamaterial zu verbreiten.

NSDAP/AO: BOX 6414, LINCOLN, NE 68506 U.S.A.



Michael Stahl aus Husum, Anmelder der Demonstration in Heide, rechts: Stahls Aufnahmeantrag für die NSDAP/AO

von einem Verbot bedroht ist, so haben die selben Akteure schon öfters Demonstrationen zu anderen Themen angegeben, die unter Umständen durchgehen. Ob diese Möglichkeit bewußt nicht gewählt oder als chancenlos eingeschätzt wurde, ist unklar. Auch beim Charakter der geplanten Demonstration wurden von Seiten der Nazis keine Versuche gemacht, dem Verbot offensiv entgegenzutreten. Dadurch, daß sie die Demonstration nicht im Vorfeld auch für andere Gruppen und Persönlichkeiten des nicht militanten rechten Spektrums öffneten, was vor einiger Zeit noch möglich gewesen wäre, und auch inhaltlich keine Konzessionen machten, provozierten sie die Verbote. Die Ankündigung und Organisation lief konspirativ und öffentlich nur über intern verschickte Aufrufe sowie über die „Nationalen Infotelefone". Es wurde also gar nicht versucht, mehr als den „harten Kern" der an die faschistischen Strukturen angeschlossenen Personen zu mobilisieren. Damit erweckten sie vor der Öffentlichkeit, aber auch vor ihren „Kameraden" den Eindruck, sie wollten eine Aktion mit Gewalt erzwingen. Daß nach dem Getöne der Anrufbeantworter der „Info-Telefone" nur die Aktionen in Luxemburg und die Kleinstdemo in Kaltenkirchen folgten, dürfte vor ihren Anhängern eine empfindliche Schlappe darstellen. Vor allem im Osten scheinen die „West-Führer" schon erheblich an Gesicht verloren zu haben. Während diese sonst an beinahe jedem Wochenende ihre Anwesenheit gewalttätig unter Beweis stellen, blieben sie in der „Aktionswoche" bemerkenswert ruhig. Auch an den Aktivitäten in Luxemburg und Kaltenkirchen nahmen sie kaum Teil. Insofern kann die „Hess-Aktionswoche" für die Nazis sicherlich als empfindliche Niederlage gewertet werden.

Als alte Wahrheit gilt, daß Faschisten innerhalb eines Staates wie der Bundesrepublik unter anderem die Funktion zukommt, eine Stimmung des Terrors, der Angst und der Gewalt zu verbreiten, um einen „starken Staat" zu legitimieren. Die Reaktion der Politik auf Fulda, mit einer Politik der „Stärke", mit einem riesigen Polizeiaufgebot und dem Versuch eines totalen Demonstrationsverbotes, ist ein Teil einer Politik, die darauf zielt, demokratische Rechte und Freiheiten immer stärker einzuschränken. Wenn die CSU anhand dieser Ereignisse erneut die bundesweite Einführung einer dreiwöchigen „Schutzhaft" fordert und Politiker dazu auffordern, möglichst alle Demonstrationen in dieser Woche sein zu lassen, damit der Einfachheit halber jede Ansammlung von Menschen verboten werden kann, wird deutlich, daß wir uns über diese Entwicklung, auch wenn sie erst einmal die richtigen getroffen hat, nicht freuen können. Letztendlich marschieren sie doch in die selbe Richtung, einem autoritären Staat entgegen.

Fantomas



„Skinheads fürRudolf Hess"mit Panik in den Augen, Momente vor ihrer Festnahme

Deutsches Nazi-Trainingszentrum in Dänemark

Seit Anfang Mai 1994 ist Thies Christophersen nicht mehr der einzige prominente deutsche Faschist, der von Dänemark aus Nazi-Schriften nach Deutschland und anderswo versendet. Meinolf Schönborn, Chef der inzwischen verbotenen Nationalistischen Front *(NF), ist seit dem 1. Mai im Besitz der Firma KBUS (Kollund, Skovbacken 8 b). Nicht weit davon entfernt hat er in Kværs ein Gebäude gekauft. Dort wird eine Druckerei eingerichtet sowie Schönborns Verlag und der Versand für „militärisches Spielzeug" weiter betrieben.*

Meinolf Schönborn war bis 1982 in Gütersloh in der Jugendorganisation der NPD aktiv. Wenig später wechselte er zu der seit 1985 bundesweit tätigen *Nationalistischen Front* (*NF*). Die NF orientierte sich politisch an den nationalrevolutionären Vorstellungen der Brüder Otto und Gregor Straßer aus der Frühzeit des Nationalsozialismus. Organisatorisches Ziel war die Herausbildung einer schlagkräftigen faschistischen Kaderorganisation. Zunächst in Bielefeld, später in Detmold / Pivitsheide unterhielt die NF ein Tagungs- und Schulungszentrum. Darin war auch der Klartext-Verlag untergebracht. Die NF entwickelte eine breite Propagandaarbeit, z.B. mit Aufklebern und verschiedenen Zeitungen („Klartext", „Aufbruch", „Revolte", ...). Zugleich wurden aus ihrer Mitgliedschaft und ihrem Umfeld wiederholt schwere Straftaten (bis hin zum politisch motivierten Mord) verübt oder vorbereitet. Bei führenden Mitgliedern der Gruppe wurde Anfang Juli 1992 ein automatisches Gewehr, Munition und Sprengmittel sowie „Todeslisten" von politischen Gegnern gefunden.

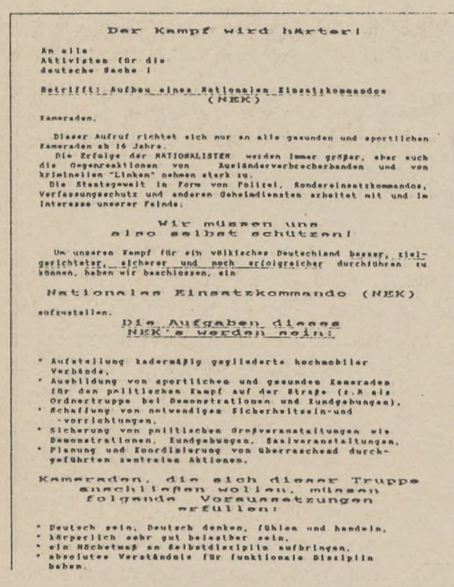
Meinolf Schönborn (rechts) mit Yaron Svoray

Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen gegen die NF auf, nachdem ihr Anführer Meinolf Schönborn Ende 1991 den Aufbau eines „Nationalen Einsatzkommandos" (NEK) angekündigt hatte. Der Gründungsaufruf richtete sich an „alle gesunden und sportlichen Kameraden ab 16 Jahre". Um den „Kampf für ein völkisches Deutschland besser, zielgerichteter, sicherer und noch erfolgreicher durchführen zu können", sei die „Aufstellung kadermäßig gegliederter hochmobiler Verbände", die „Ausbildung von sportlichen und gesunden Kameraden für den politischen Kampf auf der Straße" und die „Planung und Durchführung von überraschend durchgeführten zentralen Aktionen" erforderlich. Nach einer Hausdurchsuchung der Polizei wurde Schönborn aus der NF ausgeschlossen, weil die Mehrheit der Partei zu diesem Zeitpunkt einem Verbot der Partei entgehen wollte.

Auf dem Parteitag in Kremmen bei Oranienburg wurde im August 1992 der aus Berlin stammende Andreas Pohl zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Am 26. November desselben Jahres verkündete der Bundesinnenminister das Verbot der NF. Da die Strukturen jedoch weitgehend unangetastet blieben, trat die NF bereits nach kurzer Zeit mit verschiedenen Nachfolgeorganisationen auf. Hierzu zählen z.B. die *„Sozialrevolutionäre Arbeiterfront, SrA"* und das *„Förderwerk Mitteldeutsche Jugend, FMJ"*. Unter immer neuen Namen wurde weitgehend ungestört



Schönborns Neuerwerb: „... in einem entsprechend sicheren fremden Land mit mindestens 250m² nutzbarer Fläche"



Der Kampf wird härter!

An alle
Aktivisten für die
deutsche Sache !

Betrifft: Aufbau eines Nationalen Einsatzkommandos
(NEK)

Kameraden,

Dieser Aufruf richtet sich nur an alle gesunden und sportlichen Kameraden ab 16 Jahre.
Die Erfolge der NATIONALISTEN werden immer größer, aber auch die Gegenreaktionen von Ausländerverbrecherbanden und von kriminellen "Linken" nehmen stark zu.
Die Staatsgewalt in Form von Polizei, Sondereinsatzkommandos, Verfassungsschutz und anderen Geheimdiensten arbeitet mit und im Interesse unserer Feinde;

**Wir müssen uns
also selbst schützen!**

Um unseren Kampf für ein völkisches Deutschland besser, zielgerichteter, sicherer und noch erfolgreicher durchführen zu können, haben wir beschlossen, ein

Nationales Einsatzkommando (NEK)

aufzustellen.

**Die Aufgaben dieses
NEK's werden sein:**

* Aufstellung kadermäßig gegliederte hochmobiler Verbände,
* Ausbildung von sportlichen und gesunden Kameraden für den politischen Kampf auf der Straße (z.B als Ordnertruppe bei Demonstrationen und Kundgebungen),
* Schaffung von notwendigen Sicherheitsein-und -vorrichtungen,
* Sicherung von politischen Großveranstaltungen wie Demonstrationen, Kundgebungen, Saalveranstaltungen,
* Planung und Koordinierung von überraschend durchgeführten zentralen Aktionen.

Kameraden, die sich dieser Truppe anschließen wollen, müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

* Deutsch sein, Deutsch denken, fühlen und handeln,
* körperlich sehr gut belastbar sein,
* ein Höchstmaß an Selbstdisziplin aufbringen,
* absolutes Verständnis für funktionale Disziplin haben.

Aufruf zur Bildung eines „Nationalen Einsatzkommandos"

weiter am Ausbau der faschistischen Kaderstrukturen gearbeitet. Der Schwerpunkt wird dabei auf die Entwicklung eines verdeckt arbeitenden Zellensystems gelegt.

Insgesamt läßt sich zur *Nationalistischen Front* also sagen, daß es ihr im Unterschied zu anderen verbotenen Nazigruppen wesentlich besser gelungen ist, ihre Strukturen aufrechtzuerhalten bzw. sogar auszubauen. Hierbei dürfte auch Schönborn eine wichtige Rolle gespielt haben.

Einiges deutet zudem darauf hin, daß die Spaltung vom Herbst 1992 beträchtlich an Bedeutung verloren hat. Im Sommer 1993 rief Schönborn den *Propagandaverteilkreis* (*PVK*) ins Leben. Dieser tritt auch unter dem Namen *Deutschland uns Deutschen* öffentlich auf. Sein organisatorisches Ziel ist der „Aufbau von vielen kleinen unabhängigen nationalistischen Zellen" als Kernstück der „Schaffung einer breiten, außerparlamentarischen, nationalistischen Opposition". Im Rahmen des PVK sind inzwischen auch frühere NF-Gruppen wieder mit Schönborn verbunden, die sich zunächst an dessen Kontrahenten Andreas Pohl orientiert hatten. Dies gilt etwa für verschiedene bayerische Nazizellen, die PVK-Material verbreiten.

Anfang 1994 verkündete die NF-Nachfolgestruktur in ihrer Zeitschrift *In Aktion* unter der Überschrift: „Die Zeit ist reif!" folgendes Fazit: „Wir lösten mit Wirkung vom 20.1.94 sämtliche Vereinsnamen, Symbolik und kameradschaftsübergreifende Strukturen auf. Die Stützpunkte werden in die vollständige Autonomie entlassen. (...) Ein Auftreten unter Namen wie FMJ/JF ist zu unterlassen, eine ständig wechselnde Bezeichnung" sei fortan angebracht. Entfallen müsse zur Zeit alles, was „einen überregionalen Zusammenschluß dokumentiert". Und: „Wir betrachten die Arbeit der Vorfeldorganisationen für abgeschlossen und halten die Kampfform der unzähligen Kadergemeinschaften, Zellen und Strukturen (in Eigenregie!) vor Ort, in seiner Gesamtheit als für das System unangreifbar und für die Erringung des politischen Erfolges für absolut".

Natürlich gibt es nach wie vor eine Steuerung dieser Gruppen durch die „Kameradschaftsführer", die untereinander in Verbindung stehen. Und notwendig ist für die Nazis bei der Umsetzung ihrer Pläne auch die möglichst massive Verbreitung ihrer Hetze. Genau dort spielt der jüngste Schritt Schönborns eine entscheidende Rolle. Denn zumindest dafür eignen sich die bisher in Dänemark ergriffenen Aktivitäten durchaus.

Nazi-Trainingszentrum geplant

Die jetzige Verlagerung der Aktivitäten nach Dänemark erhält durch Informationen, die seit dem Frühjahr 1993 bekannt sind, zusätzliches Gewicht. Damals war der israelische Journalist Yaron Svoray mit den Ergebnissen einer umfangreichen Recherche an die Öffentlichkeit getreten. Vom Oktober 1992 bis zum April 1993 hatte er sich im Auftrag des Simon-Wiesenthal Center (Los Angeles) unter dem Namen Ron Furey in den deutschen Nazi-Untergrund eingeschlichen. In der Rolle eines Journalisten der (nicht existierenden) faschistischen Zeitschrift „The Right Way" lernte er führende Nazikader kennen, ihre Organisationsstrukturen sowie das weitverzweigte Netz von Verbindungen auch in die USA, nach Südamerika und Südafrika.

Da er den deutschen Nazis glaubhaft machen konnte, daß er im Auftrag eines US-amerikanischen Millionärs - er trat später unter dem Namen Richard Eaton auf - nach Möglichkeiten suche, die rechte Szene mit größeren Geldsummen zu unterstützen, wurden ihm viele Kontakte ermöglicht. Die VertreterInnen verschiedener faschistischer Organisationen bemühten sich dabei darum, sich selbst jeweils in ein positives Licht zu setzen. Sie schilderten Furey und Eaton ausführlich ihre Kontakte und Zukunftspläne.

Unter den Nazis, zu denen Furey während dieser Arbeit Kontakte knüpfte, war auch der ehemalige NF-Chef Meinolf Schönborn. Von ihm erhielt er die Auskunft, daß er einen Sturz der Regierung beabsichtige, dem ein Viertes Reich folgen solle. Schon zu jenem Zeitpunkt äußerte Schönborn die Absicht, seine Basis nach Dänemark zu verlagern. Um den vermeintlichen Millionär für dieses Projekt zu begeistern, legte Schönborn ihm einen Plan für den Aufbau einer faschistischen Kaderorganisation vor, dessen Umsetzung in der ersten Phase 1,5 Mio. DM kosten würde (vgl. abgebildeten Kostenvoran-

Kostenvoranschlag für Phase I

Aufbau einer professionellen Kaderorganisation — Datum: 9.3.1993

Posten	Kosten
- Erwerb eines Objektes (Gebäude) inclusive Renovierung in einem entsprechend sicheren fremden Land mit mindestens 250m² gewerblich nutzbarer Fläche	ca.:250.000 DM
- Erwerb einer kompletten Büroausstattung und Technik wie z.B.: kompletter Postdienst, Computer, Laser-Drucker, Scanner usw.	ca.: 100.000 DM
- Erwerb und Aufstellung einer professionellen Videoüberwachungseinheit für das Objekt	ca.: 30.000 DM
- Für die mobile Einsatzstärke:	
3 Autos mit Dieselantrieb, z.B. Opel Astra	ca.: 100.000 DM
1 Geschäftsführerwagen mit Standardsicherheitsausstattung und Autotelefon	ca.: 70.000 DM
10 tragbare Telefone: D1 und D2 Netz	ca.: 30.000 DM
50 tragbare Radioeinrichtungen mit einer stationären Zentralabfertigung	ca.: 100.000 DM
- Spionage-Verteidigungseinrichtungen wie z.B. Richtmikrophone, Sprachzerhacker (Telefon), Nachtsichtgeräte usw.	ca.: 100.000 DM
- Anwerben eines entsprechenden politischen Bevollmächtigen für tägliche Verantwortung, Jahresvertrag	ca.: 100.000 DM
- Anwerben von mindestens 5 Hauptverwaltungs/gebietsvertretern Nord/Mitte/Süd/Mitteldeutschland/Berlin, jährliche Provisionen pro Person 40.000 DM	ca.: 200.000 DM
- Training für ca. 200 Kameraden für den politischen und ideologischen Kampf, bei wöchentlichen Trainingseinheiten	ca.:70.000DM
- Schöpfung von excellentem Propagandamaterial für die 1. Phase des ideologischen Kampfes	ca.: 100.000 DM
- Versandporto und Umschläge für die Antwortpost. Monatlich ca.: 12.000 DM	jährlich ca.: 150.000 DM
- Andere Aufwendungen (Benzin, Provisionen, Miete etc)	ca.: 100.000 DM
Summe	ca.: 1.500.000 DM

Kostenvoranschlag Schönborns für den Aufbau eines Organisationszentrums

Name: Vorname:
Anschriften:
2.:
Telefon: 2.:
Geburtsdatum:
Größe:

Passphoto
5x4cm
Nicht älter
als ein halbes
Jahr

Schulabschlüsse:
Beruf: seit:
Studium:
Bundeswehr: Von bis
Dienstgrad:
THW/Zivilschutz/Feuerwehr oä:
Fernmeldetechnik/Funklizenz:
Andere Elektrotech. Fähigkeiten:

Führerscheine:
Fahrzeugbesitze:

Fremdsprachen:
Schreibmaschine/Steno:
EDV-Kenntnisse:

Sportliche Neigungen:
Körperliche Belastbarkeit:

Politische Biographie:

Vorstrafen/Ermittlungsverfahren:
(E-D Akte ?)

Politische Auslandskontakte:

Journalist. Betätigungen:
Fotographie:
Ausrüstung:
Graphische Fähigkeiten:

Musikinstrumente:

Schießsport

Aufnahmeantrag der Nationalistischen Front: Vorstrafen? Schießsport? Auslandskontakte?

schlag).

In den ergänzenden Erläuterungen schrieb Schönborn damals u.a.: „Gründung einer ‚Firma', damit mit einer Buchführung und Steuerabrechnung eine legale Einwilligung erfolgt. Ferner können die Kameraden offiziell in dieser Firma arbeiten. Folgende Firmen könnten ohne Probleme eingetragen werden: Werbeagenturen/ Kurierdienste / Sicherheitsdienste/ Verlage / Versandgeschäfte/ usw." Genau das betreibt Schönborn nun mit der Verlagerung seiner Aktivitäten in ein „sicheres fremdes Land": unter dem Deckmantel einer legal tätigen Firma können dann in großem Stil faschistische Propagandamaterialien hergestellt und verteilt, Organisationsstrukturen aufgebaut sowie Nazi-Terroristen ausgebildet werden.

Als Ziel dieser Phase I nennt Schönborn daher: „Mit der Ausführung von Phase 1 (möglicherweise in 6-8 Monaten) ist eine zentralisierte Kaderorganisation verfügbar, mit der der ideologische Kampf für die weiße Rasse sehr effektiv und erfolgreich gestartet werden könnte. Durch die Verwaltungskräfte, die hohe Mobilität und die ‚Verteilungssender' der umgebenen großen Gebiete können die erzielten Propaganda-Wellen nach ganz Deutschland hinausgetragen werden."

In der dann folgenden 2. Phase (nach ca. 12-15 Monaten) will Schönborn wieder zurück: „Gründung eines gesicherten und professionell geführten Trainingszentrums in der Mitte Deutschlands (Eisenach / Kassel / Bad Hersfeld). Dabei ist es sehr wichtig, daß das Objekt sehr groß ist (vorzugsweise ein Waldhotel oder eine frühere Kaserne der NVA usw.) und es auf der anderen Seite möglich bleibt, das Objekt sehr sicher zu machen. Es ist ferner unerläßlich, daß diese ‚Festung' von mindestens 5-10 Mann besetzt ist. Aufwand mindestens 1,5 bis 2 Millionen DM.... Die 2. Phase hat eindeutig mit ‚Aktion' zu tun! (Angriff ist die beste Verteidigung)."

Warum Dänemark ?

Schönborn ist nicht der erste deutsche Nazi, der sich nach Dänemark absetzt. Für dieses Land sprechen aus Sicht der Nazis mehrere Gründe:

1) Bereits seit längerem bestehen Kontakte zwischen der *Nationalistischen Front* und dänischen Neonazis der *Partiet de Nationale* (*PDN*). Die PDN ist eine Abspaltung der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung (DNSB). An ihrer Spitze steht Albert Larsen. 1992 nahmen der Organisationssekretär der PDN, Peter Larsen, und der Auslandssekretär, Leif Sondergaard, an einem NF-Sommerlager teil. Bei anderer Gelegenheit reisten NF-Mitglieder zur PDN nach Fünen.

2) Inzwischen gibt es auf Seiten der Nazis einige Erfahrung mit dem „Exil" in Dänemark. Seit 1986 lebt der frühere SS-Mann Thies Christophersen nahe der dänisch-deutschen Grenze in Kollund. Dorthin hatte er sich abgesetzt, weil er andernfalls wegen seiner fortgesetzten Nazi-Hetze eine Haftstrafe hätte absitzen müssen. Seitdem betreibt er von dort seinen Verlag mit NS-Literatur und die Herausgabe der beiden Zeitschriften „Kritik. Die Stimme des Volkes" und „Die Bauernschaft.

Christophersen hat in der Region ein grenzüberschreitendes Netz mit anderen FaschistInnen aufgebaut, die mit ihm zusammenarbeiten. Hierzu gehört auch Henry Krog Pedersen, der an der jetzigen Verlagerung der Schönborn-Aktivitäten mitgewirkt hat. Dieses Netzwerk dient u.a. dazu, in Deutschland wegen Straftaten gesuchte Nazis aufzufangen. So setzte sich z.B. der aus Saalfeld kommende Andreas Rachhausen zu Christophersen ab, nachdem er wegen des Überfalls auf eine Gaststätte wg. Landfriedensbruch und Körperverletzung gesucht wurde.

3) Als weitere Gesichtspunkte kommen mit Sicherheit der kurze Weg nach Deutschland und vergleichsweise geringe sprachliche Verständigungsprobleme hinzu, da besonders in der Grenzregion viele DänInnen auch der deutschen Sprache mächtig sind.

4) Von besonderer Bedeutung ist jedoch, daß der dänische Staat Nazis einen äußerst großen Bewegungs- und Handlungsspielraum läßt. Nicht zufällig spricht Schönborn in seinem Aufbauplan von einem „sicheren fremden Land". Seit Jahren weist Dänemark die von AntifaschistInnen erhobene Forderung nach Auslieferung deutscher Nazis zurück, so zuletzt vom Justizminister Erling Olsen bei einem Besuch beim SSW-Abgeordneten Karl Otto Meyer Ende Juni 1994.

Antifaschistische Initiative ist gefordert

Angesichts der Inaktivität des dänischen Staates, der mit seiner Haltung deutsche FaschistInnen geradezu ermuntert, sich im Lande niederzulassen und das braune Handwerk von dort munter weiter zu betreiben, ist antifaschistische Initiative gefragt. Erinnern wir uns z.B. an die gemeinsamen Demonstrationen dänischer und deutscher AntifaschistInnen anläßlich des von Christophersen geplanten internationalen Nazi-Treffens. Sie konnten diese Veranstaltung im Mai 1993 verhindern; und diejenigen Stimmen in Dänemark, die für eine Ausweisung des Nazis nach Deutschland eintreten, konnten sich damals zumindest kurzfristig Gehör verschaffen. Zu hoffen ist, daß dänische AntifaschistInnen alsbald aktiv werden, damit sich Schönborn und seine Nazis in Dänemark nicht ähnlich lange wie Christophersen festsetzen können. Wir sind sicher, daß dies besonders von AntifaschistInnen aus Schleswig-Holstein begrüßt und unterstützt würde.

Demonstration gegen das Nazi-Zentrum in Dänemark

Dänische AntifaschistInnen planen eine Demonstration an Schönborns neuerstandenem Zentrum. Unterstützen wir die dänischen AntifaschistInnen - fahren wir gemeinsam zur Demonstration nach Kvaers.

24.September, 15 Uhr ,
Kvaers - Dänemark

Verteiler der REMER-Depesche in Lübeck aufgeflogen

Schon mehrfach war in der Hansestadt eine neofaschistische Schrift namens REMER-Depesche verteilt worden. Sie trägt ihren Namen nach dem Altnazi Otto Ernst Remer und wird in hoher Auflage gedruckt und verteilt. Remer war maßgeblich beteiligt an der Niederschlagung des Putschversuchs vom 20. Juli 1944; als Dank beförderte ihn Hitler zum Generalmajor. Nach dem Krieg weiterhin in faschistischen Organisationen aktiv, wurde er mehrfach verurteilt. 1992 erging vom Landgericht Schweinfurt eine Freiheitsstrafe von 22 Monaten wegen Leugnung des Holocaust. Dem Strafantritt entzog er sich durch Flucht zu faschistischen Gesinnungsfreunden in Spanien.

Die REMER-Depesche hat ihre Verlagsanschrift inzwischen nach England verlegt; Satz und Druck erfolgen in Barcelona. In der Bundesrepublik existiert ein weitverzweigter Verteiler, über den die antisemitischen und rassistischen Hetzblätter in der neofaschistischen Szene gestreut und an die Öffentlichkeit gebracht werden. In Lübeck ist der Kaufmann Günter Ostwald als Verteiler der REMER-Depesche aufgeflogen. Bei einer Hausdurchsuchung fand die Polizei Ende Mai kistenweise neofaschistisches Propagandamaterial, darunter auch größere Mengen der REMER-Depesche.

Stirb langsam, Israel!

Nach dem Schulterschluß von Revisionismus und Islamismus steht Israel mit dem Rücken an der Wand

6. Ausgabe Oktober 1993

Liebe Leserinnen,

Remer Depesche, Mai 1993

Nazi-Ostwald ist kein Neuling in der faschistischen Szene. Anfang der 80er Jahre hatte er enge Kontakte zur neofaschistischen Kieler Liste für Ausländerbegrenzung (KLA). Gemeinsam mit Peter Busch vom Arbeitskreis Europa der Vaterländer (AEV) mit Sitz in Ratzeburg nahm er z.B. 1982 an einer erweiterten KLA-Vorstandssitzung in Kiel teil. Wie große Teile der KLA und des AEV betätigte sich Ostwald dann jahrelang bei den REP. Im „Lübecker Wochenspiegel“ erschien 1989, ein Tag vor der 50sten Wiederkehr des faschistischen Überfalls auf Polen, eine REP-Anzeige, die von Günter Ostwald presserechtlich verantwortet wurde: Unter der Überschrift „War es ein Überfall? Polen 1.9.39“ wird dort die Behauptung verbreitet, der deutsche Angriff auf Polen sei im Grunde eine Verteidigungsmaßnahme gewesen. Die Leugnung der deutschen Kriegsschuld und die Leugnung der planmäßig organisierten Vernichtung der Juden und Jüdinnen durch die Nazis sind zwei zentrale Themen der aktuellen neofaschistischen Propaganda. Mit Ostwald ist jetzt einer der Organisatoren dieser Geschichtslügen aufgeflogen.

Ein Kriegsverbrecher macht Heimaturlaub

Wegen der Beteiligung an der Erschießung von 335 italienischen Nazigegnern 1944 in Rom als Vergeltung für einen Partisanenanschlag hat Italien die Auslieferung des ehemaligen SS-Offiziers Erich Priebke beantragt. Priebke war zudem für die Deportation mehrerer italienischer Juden und Jüdinnen nach Auschwitz verantwortlich.

Erst vor kurzem war durch Recherchen des Dokumentationszentrums Simon Wiesenthal der NS-Kriegsverbrecher in dem argentinischen Ort Bariloche festgenommen worden. In der dortigen deutschen Kolonie leben mehrere Altnazis zusammen. So ist nach der Festnahme Priebkes der frühere SS-Offizier Reinhard Kopps von dort nach Chile geflüchtet. Kopps unterstützt deutsche Neonazis finanziell und verbreitet unter dem Pseudonym Juan Maler antisemitische Bücher in Deutschland.

Priebke war - wie viele andere SS- und Gestapoverbrecher - 1948 mit Hilfe des österreichischen Bischofs Alois Huldal und des Vatikans nach Argentinien geflohen. Dort konnte er über vierzig Jahre ein unbehelligtes Leben führen; er hatte ein Wiener Delikatessengeschäft und war Vorsitzender des deutschen Kulturvereins in Bariloche. In den 70er und 80er Jahren reiste der Kriegsverbrecher mehrmals im Jahr zur Kur nach Deutschland oder besuchte eine befreundete Familie im schleswig-holsteinischen Bad Bramstedt. Obwohl er als Kriegsverbrecher gilt, konnte er problemlos unter seinem richtigen Namen und mit einem bundesdeutschen Paß reisen. Nach seiner Festnahme in Argentinien wandte Priebke sich nach eigenen Angaben an die Deutsche Botschaft, die gesagt habe, „er solle abwarten bis sich die Wogen geglättet hätten, dann würde man sehen“. Während sich deutsche Stellen um eine Wiederaufnahme des wegen Abwesenheit eingestellten Verfahrens gegen Priebke bemühen, hat die italienische Justiz nach Entdeckung des Kriegsverbrechers einen Haftbefehl gegen diesen erlassen. Priebke wurde daraufhin in Argentinien festgesetzt. Der ehemalige SS-Offizier steht unter Hausarrest und soll nach Aussage des argentinischen Präsidenten Carlos Menem nach Italien ausgewiesen werden, sobald ein „formal einwandfreies Auslieferungsbegehren“ vorliege.



Erich Priebke

Sonnenwendfeier von Neonazis in Westerrönfeld

Am Samstag den 18.Juni versammelten sich ca. 50 Neonazis in Westerrönfeld, einer Randgemeinde Rendsburgs. Die ungestörte Durchführung dieses Treffens wurde unter der Ansage „Brauchtum: Erste Sonnenwendfeiern durchgeführt" am Montag, dem 20.Juni, über das Nationale Info-Telefon Hamburg als „gemeinsame Feier nationaler Jugendlicher über alle Parteigrenzen hinweg" bekannt gegeben. Der Ort dieses Treffens, ein Bunker bei einem alten Schießstand außerhalb des Dorfes, ist seit einigen Monaten als regelmäßiger Treffpunkt der Neofaschisten bekannt. Rendsburg mit seinen Randgemeinden Büdelsdorf und Westerrönfeld ist eine Hochburg der Schleswig-Holsteinischen Neonazi-Szene und seit Jahren einer ihrer überregionalen Treffpunkte. Nachdem die Treffen am Büdelsdorfer Treidelweg durch Gewalttaten der Neonazis und durch Öffentlichmachung von Antifa und Presse bekannt wurden sowie einer relativ starken polizeilichen Überwachung ausgesetzt waren, wechselten die Versammlungen zu dem Platz in Westerrönfeld. Nach diesem Ausweichen sind die Neonazis für die Öffentlichkeit nicht mehr „präsent" und haben seitdem weder eine Erwähnung in der örtlichen Presse gefunden noch ist eine vergleichbare Polizeipräsenz zu verzeichnen. Dadurch ist in der Rendsburger Öffentlichkeit der Eindruck erweckt worden, daß die Neofaschisten nicht mehr aktiv seien. Aber das Gegenteil ist der Fall, dieser Rückzug in eine „ruhige Ecke" ist auch ein Ausdruck davon, daß sich Teile der Rendsburger Neonazi-Szene organisieren. Sicher sind in diesem Zusammenhang die Kontakte von Rendsburger Neofaschisten zu dem Hamburger Christian Worch, was die Ansage über das Nationale Info-Telefon Hamburg verdeutlicht. Zudem sind auch weiterhin Übergriffe und Provokationen der Faschisten zu verzeichnen; so fuhren nach dem ersten Spiel der BRD-Nationalmanschaft Neonazis mit Hitlergruß und Reichskriegsflagge an der Diskothek „Garage" vorbei. Diese Diskothek war bereits des öfteren Schauplatz rechter Übergriffe und Provokationen.



AntifaschistInnen demonstrieren gegen den Nazi-Terror in Rendsburg und Umgebung

Holstein Kiel - VfB Lübeck: Nazi Hools entgegentreten !

Im Oktober findet wieder das Fußballspiel Holstein Kiel - VfB Lübeck im Kieler Holsteinstadion statt. Es ist wieder zu befürchten, daß viele Nazis aus Lübeck mit nach Kiel reisen. Bei den beiden letzten Spielen in Kiel und Lübeck gab es schwere Ausschreitungen zwischen Lübecker Nazi Hools und antifaschistischen Kielern, in Lübeck gab es sogar schwere Verletzungen unter den Kielern, da sich die Lübecker mit Gaswaffen, Stahl- und Holzlatten bewaffnet hatten.

Die Polizei war wieder einmal nicht in der Lage, die Krawalle zu verhindern, obwohl ihr vorher bekannt war, daß Lübecker Nazis im Anmarsch waren. Im Gegenteil, die Faschos aus Lübeck wurden in Kiel unter Polizeischutz vom Bahnhof zum Stadion und auch wieder zurückgebracht, alles, was irgendwie „links" aussah, wurde durchsucht und bei den meisten die Personalien festgestellt.

Wir rufen alle AntifaschistInnen aus Kiel und Umgebung auf, zu diesem Spiel zu kommen (genauer Termin wird noch bekanntgegeben), um gegen Faschismus und Rassismus zu demonstrieren! Über-



geben wir den FaschistInnen nicht kampflos das Fußballstadion, wehren wir uns !

(Eine Aktion der antifaschistischen Holstein Kiel, Schalke 04 und St. Pauli Fans)

Aktion „Deutsches Königsberg“ - ein Netzwerk wird verankert

Wiederholt hat die ATZE über die verschiedenen Aktivitäten des neofaschistischen Verlegers und Buchhändlers Dietmar Munier berichtet. Ende 1993 gab er - maßgeblich verursacht durch die jahrelangen antifaschistischen Aktivitäten - seine Buchhandlung in der Kieler Innenstadt auf. Neben der Fortführung einer Versandbuchhandlung und der Verlagstätigkeit zeichnet sich eine Konzentration seiner Aktivitäten auf die revanchistische Wühlarbeit in Rußland ab. Diese revanchistischen Aktivitäten in der Region Kaliningard, das die deutschen FaschistInnen als ehemaliges Ostpreußen beanspruchen, können sich inzwischen auf ein breites Netzwerk an politischer, publizistischer, finanzieller und organisatorischer Unterstützung verschiedener Nazi-Organisationen stützen. Die ATZE stellt wichtige Teile des Netzwerks in der folgenden Grafik vor.

Bei der organisatorischen Abwicklung der Transporte von Maschinen u.ä. hat sich Munier seiner Verbindungen aus der Zeit im Bund Heimattreuer Jugend bedient. So werden die Kontaktstellen (Kiel, Hamburg, Rhein/Ruhr und München) von ehemaligen BHJlerInnen betreut. Hierzu gehören *Henning Pless* (Hamburg), *Michael Will* und *Erika-Luise Urban* (Herdecke). Im Raum Berlin tritt *Karl-Heinz Panteleit*, seines Zeichens 1993 stellvertretender Landesvorsitzender der Deutschen Liga für Volk und Heimat Berlin-Brandenburg als Organisator Muniers auf.

Auf die Aktivitäten Muniers machen werbend verschiedene neofaschistische bzw. völkisch-rassistische Organisationen und Zeitschriften aufmerksam. Hinweise finden sich bspw. in Nation und Europa, in Mensch und Maß (Blatt der antisemitischen Ludendorffer), den Huttenbriefen und in den Artam-Blättern. Gute Kontakte bestehen auch zum revanchistischen Ostpreußenblatt, dem offiziellen Organ der Landsmannschaft Ostpreußen. Munier schaltet dort regelmäßig Anzeigen; sein Ansprechpartner in der Redaktion ist Peter Fischer.

Rußlanddeutsche Bewirtschaftung!
Besuchen Sie das
Landgasthaus
Zur Alten Apotheke
in Trakehnen/Nord-
Ostpreußen
Getränke, Mahlzeiten, Kaffee u. Kuchen, Zimmer mit Bad/WC. Visabeschaffung für Privatreisende.
Bernstein-Reisen
Postfach 36 03, 24035 Kiel
Tel. 0 43 84/59 70 15
Fax 0 43 84/59 70 40

Aktion Deutsches Königsberg

Unter diesem Titel ruft Munier zu Geld- und Sachspenden (von Saatgut übr Fräsmaschinen bis zu Brennöfen) auf, mit denen der Aufbau „deutscher Siedlungen“ im ehemaligen Ostpreußen gefördert werden soll. Unmittelbares Ziel ist es, dort möglichst viele „Deutschstämmige“ zur Ansiedlung zu bewegen. Dazu müssen sich die Lebensbedingungen deutlich positiv von den bisherigen unterscheiden. Gegenüber der russischen Bevölkerung entsteht in der Region eine privilegierte Schicht, politisch soll mit dieser Aktion der Anspruch auf ein „deutsches Königsberg“ wachgehalten und gestärkt werden. Daher verbindet Munier diese Aktivitäten nicht zufällig mit antirussischen und antipolnischen Pöbeleien.

Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen

Ziel des im August 1992 gegründeten Vereins, der bereits mehrere hundert Mitglieder hat, ist die Durchführung von Deutschunterricht in „Trakehnen“. Zu diesem Zweck stellt er Lehrerinnen ein und plant den Bau einer „deutschen Schule“. Geschäftsführer des Vereins ist *Dr. Axel D. Neu* (Kiel). Im Vorstand befinden sich zudem *Helge Redeker*, *Gerlind Mörig* (aus der BHJ-Familie) und der Husumer Verleger *Ingwert Paulsen*. In der Schule sind u.a. *Heidrun Stallner*, *Dr. Hartwig Thieme*, *Ursula Thieme*, *Winfried Jakobi* und *Ilse Conrad-Kowalski* beschäftigt.

Gesellschaft für Siedlungsförderung in Trakehnen mbH

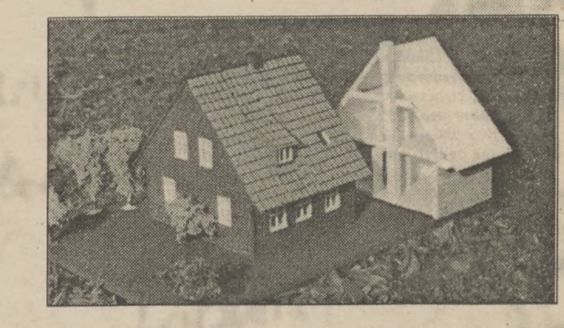
Seit Ende 1992 gibt es dieses Unternehmen. Sein Ziel ist die Beschaffung von „Siedlungsland“ und die „Förderung des Baus von Siedlungen in Trakehnen/Ostpreußen und Umgebung“. Hierfür wurde die GmbH zunächst mit 315.000 Stammkapital versehen (Ende 1993 auf 500.000.- DM erhöht). Geschäftsführer sind *Dietmar Munier* und *Helge Redeker*. In Rußland werden die Aktivitäten über die 100%ige Tochtergesellschaft *„GST-Siedlungsförderung“* abgewickelt.

Bernstein-Reisen

Seit einiger Zeit bietet Munier als Ergänzung zu seiner Versandbuchhandlung einen Reisedienst an. Schwerpunkt der Schiffsreisen von Lübeck aus sind Fahrten ins ehemalige Ostpreußen. Unter Gleichgesinnten können so FaschistInnen und RevanchistInnen während der Kreuzfahrt neue Pläne schmieden. Anfang Oktober 1994 sollen die TeilnehmerInnen einer Fahrt an der Grundsteinlegung für die Schule des Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen teilnehmen.

Gegen die antifaschistischen Aktivitäten in Sachen Munier organisiert die neofaschistische *Gesellschaft für freie Publizistik (GfP)* rechte Schützenhilfe. Scheinheilig klagt sie das Recht auf freie Meinungsäußerung ein. Auch der Chef des neofaschistischen *Grabert-Verlages*, *Wigbert Grabert*, solidarisierte sich in seinem EURO-KURIER mit Munier und befürchtete, daß die Forderung, neofaschistischen Verlagen die Mitgliedschaft im Börsenverein des Deutschen Buchhandels abzuerkennen („großer wirtschaftlicher Schaden“), umgesetzt werden könnte

Der Verein erhielt zu seiner Jahrestagung 1993 Grußbotschaften von *Prof. Günter Rohrmoser*, *General a.D. Franz Uhle-Wettler*, *Dr. Wilhelm von Gottberg* (Funktionär der *Landsmannschaft der Ostpreußen*), *Prof. Emil Schlee*, *Prof. Helmut Diwald*, *Prof. Lothar Bossle* (Strauß-Freund).



Modell des „Trakehnen-Hauses“

Die Finanzierung der revanchistischen Wühltätigkeit wird durch Muniers Verlagstätigkeit und Spenden aus der rechten Szene gesichert. Der neofaschistische *Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V.* und die *Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur* spendeten z.B. 75000.- bzw. 65.000.- für den Bau von Siedlungshäusern und eines Schulgebäudes.



Huttenbriefe
für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht
11. Jahrgang · Mai 1993 · Folge 2

Huttenbriefe
für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht
Inhaber und Verleger: Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V., Sitz Starnberg, 8952 Marktoberdorf, Carl-Maria-von-Weber-Straße 1, Hauptschriftleitung: Lisbeth Grolitsch, Schriftleitung BRD: Hans Köhler, 8100 Darmstadt, Liebigstraße 14. Die namentlich gezeichneten Aufsätze werden vom Verfasser verantwortet. Sämtliche Zuschriften bitte an: D-8954 Biessenhofen/Allgäu, Postfach 1145. Druck: J. Schläger, Eggenweg 17, D-8510 Fürth. Jahresgebühr 23.- DM, Einzelstück 3,80 DM. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Beiträge und Spenden erbeten auf folgende Konten: Postscheck-Kto. München Nr. 294 688-806, Sparkasse 8952 Marktoberdorf, Bankleitzahl 734 513 30, Kto.-Nr. 240 473 132.
Auszugsweiser Abdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

„Aktion Königsberg“

In der Folge 4/1992 haben wir die Blicke unserer Leser auf Ostpreußen gelenkt, wo sich ein Vorgang anbahnt, der erst in jüngster Zeit in der nördlichen, russisch besetzten Zone in eine gezielte Aktion gelenkt wird. Im durch

DM 65.000,—, bereitgestellt durch die NOTGEMEINSCHAFT FÜR VOLKSTUM UND KULTUR für den Bau eines Kultur- und Schulhauses. Wenn Sie diesen HUTTENBRIEF in Händen halten, wird der Siedlungsbau im

Schon gehört?



Vergeblich war der Versuch von **Urich Schwetasch**, an den kommenden Bundestagswahlen als Einzelbewerber teilzunehmen. Der Kreiswahlausschuß in Lübeck wies seinen Antrag auf Zulassung aus formalen Gründen zurück, weil er nicht genug Unterschriften hatte beibringen können. Lediglich die Vertreterin der GRÜNEN im Kreiswahlausschuß begründete ihre Ablehnung auch politisch mit der langjährigen Tätigkeit Schwetaschs in neofaschistischen Orgnisationen, wie z.B. JN, NPD und DVU.



Einladung zum Stammtisch des DVU-KV Kiel
(alle 14 Tage)
Interessenten melden sich bitte:
Telefon: 0431/7396291
Postfach: 1724 · 24016 Kiel

Anzeige in der Deutschen National Zeitung

Zur diesjährigen DVU-Großveranstaltung im bayerischen Passau organisiert auch der DVU-Landesverband Schleswig-Holstein Fahrten mit der Deutschen Bundesbahn. Interessierte lädt der Kieler Kreisgeschäftsführer **Dirk Schober** zur Teilnahme ein.



Die NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme* meldete in ihrer Mai-Ausgabe stolz, daß ihr Plöner Kreisvorsitzender **Eckard August** bei den Kommunalwahlen im März in den Gemeinderat von Blekendorf eingezogen ist. Weitere Gemeindevertreter der Wählergemeinschaft Blekendorf sind die Ex-CDUler **Dieter Fricke** und **Helmut Franzen. Heino Förster**, stellvertetender Landesvorsitzender der NPD und wegen Beteiligung an Nazi-Terroraktionen angeklagt, erhielt in seinem Wahlkreis in Mölln 4,4 % der Stimmen, eines der höchsten NPD-Ergebnisse in Schleswig-Holstein.



Als bekennender Nazi trat im Mai der 20-jährige Kieler **Peter Borchert** vor das Kieler Landgericht. Mit zwei anderen Kieler Skinheads war er wegen versuchter Tötung und Volksverhetzung angeklagt. Borchert hatte im Februar mit den anderen beiden einen Sudanesen bedroht und den zu Hilfe eilenden Busfaher mit einem Messer schwer verletzt. Wenige Tage später hatten die drei, mit Gaspistolen bewaffnet, eine Hochzeitsgesellschaft überfallen, drei Gästen ins Gesicht geschossen, und Borchert hat einen Gast mit einem Messer schwer verletzt.

Borchert war bereis 1990 wegen gefährlicher Körperverletzung und räuberischer Erpressung zu drei Jahren Jugendstrafe verurteilt worden. Diesmal erhielt er drei Jahre und neun Monate.



Gegen drei Kieler Skinheads, die am Abend des 30. Juli am Schilkseer Strand mit Gaspistole und Fäusten auf zwei Ägypter losgegangen waren und eine Iranerin mit ihrer kleinen Tochter bedroht hatten, hat das Kieler Amtsgericht Mitte August Haftbefehl erlassen. Alle drei sitzen im Knast. Ihnen wird gefährliche Körperverletzung und zwei von ihnen Landfriedensbruch vorgeworfen. Das Amtsgericht geht von Verdunklungsgefahr aus.

Die Ermittlungen richten sich gegen insgesamt zwölf Nazis, die einer Gruppe in Kiel-Schilksee und Kiel-Friedrichsort angehören. In den beiden Stadtteilen tauchten in den lezten Monaten verstärkt Aukleber verschiedener Nazi-Organisationen (NPD, Deutsche Nationalisten, Nationle Liste) auf. Als Anführer gilt das frühere (?) FAP-Mitglied **Kai-Uwe Höllriegl** (vorher: Melies), der bereits auf ein umfangreiches Vorstrafenregister zurückschauen kann. Um einen schlechten Ruf als Nachwuchsschläger bemüht sich derweil **Marc-Andre Straßburg**, zur Zeit noch Schüler an der Integrierten Gesamtschule Friedrichsort. Zusammen mit Michael Hain gehören sie zu den jetzt Festgenommenen.

LASST KÜSSEL RAUS!



NATIONALE LISTE
POSTF.: 60 19 24
2000 HH 60
Tel. 7 30 20 64

Aufkleber der Nationalen Liste

Schon gehört?

Zum 14. Mal hat der Kieler Politologie-Professor **Werner Kaltefleiter** im August den „Internationalen Ferienkurs zur Sicherheitspolitik" geleitet. Kaltefleiter hatte Anfang der 80er Jahre den Hochrüstungskurs der NATO offensiv vertreten, zu den „Ferienkursen" auch Vertreter der mosambikischen Banditenorganisation RENAMO eingeladen und sich als Autor in der neurechten Zeitschrift Criticon verdingt.

Vor dem kommenden Wintersemester will der Rechtsaußen zudem eine Spaltung des Instituts für Politische Wissenschaft an der Kieler Universität durchsetzen. Seit einiger Zeit erkennt er die Scheine seines Kollegen, Prof. Dr. Wilfried Röhrich, nicht mehr an, da dieser einen gesellschaftskritischen Ansatz vertritt. Sollte Kaltefleiter mit seiner Strategie Erfolg haben, so müßten sch Studierende bereits am Anfang des Studiums für eine der beiden angebotenen Richtungen festlegen. Der rechte Professor versucht bei den Studierenden dadurch Unterstützung zu mobilisieren, daß er ihnen Arbeitsplätze in Aussicht stellt.



Einen Antrag auf vorzeitige Pensionierung hat Mitte August der 59jährige **Martin Schwarz**, Lehrer am Fachgymnasium, eingereicht. Bereits seit Mitte Juni hatte ihm das zuständige Ministerium Unterrichtsverbot erteilt, nachdem ihm von SchülerInnen Äußerungen vorgeworfen worden waren, nach denen sechs tote Türken ihm lieber seien als sechs Millionen deutsche Arbeitslose . Einen türkischen Schüler habe er aufgefordert, sich „endlich mal einen anständigen Nachnamen" zuzulegen. In einer Flugblattaktion hatte der SPD-Kreisverband darauf aufmerksam gemacht, nachdem SchülerInnen davon berichtet hatten. Daraufhin sind die Zeugen dieser Äußerungen vom Schulleiter unter Druck gesetzt worden, ihre Aussagen zurückzuziehen. Schwarz ist Mitglied der CDU (zeitweise im Landesvorstand und als Mitglied des Landtages) und war einige Jahre Landesvorsitzender der aggressiv revanchistischen *Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung* (*OMV*) in der CDU.

Arbeitskreis für deutsche Politik

Seit Mai 1991 gibt es in Schleswig-Holstein eine faschistische Organisation unter dem Namen Arbeitskreis für deutsche Politik, gegründet von ehemaligen REP-Funktionären, die die Partei im Streit mit Schönhuber verlassen hatten. Als Kontaktpersonen treten der BGS-Ausbilder Thomas Schröder und Peter Baum (beide Lübeck) sowie Dr. Axel D. Neu (Kiel) auf. Zu den Aktivisten gehört u.a. Oliver Bialuch (Lübeck).

Ziel des Arbeitskreises ist die Diskussion und der Gedankenaustausch über die jeweiligen Grenzen der verschiedenen faschistischen Organisationen hinweg sowie die Entwicklung eines Netzwerks zwischen ihnen. Die schleswig-holsteinischen REP haben inzwischen einen - innerpartelich jedoch kaum durchsetzbaren - Unvereinbarkeitsbeschluß gegenüber dem AfdP gefaßt.

Der Arbeitskreis hat seit seiner Gründung eine Vielzahl von „Studienfahrten" (Prag, Rügen, Potsdam, Straßbourg, Szczecin) durchgefürt; zu den Veranstaltungen wurden zum Teil bundesweit bekannte Sprecher des rechtsextremen Spektrums eingeladen. Neben dem ehemaligen Bundeswehrgeneral Uhle-Wettler sprach dort auch Dr. Reinhold Oberlercher, der die rassistischen Pogrome in Hoyerswerda und Rostock als „lokale Volksaufstände" verherrlicht und mit dem Ziel einer faschistischen Machtergreifung für die bewaffnete Fortsetzung des Kampfes eintritt.

Ingo Stawitz nahm bereits im Spätsommer 1992 als DVU-Abgeordneter an Veranstaltungen des Arbeitskreises teil; die Kontakte zwischen Deutscher Liga für Volk und Heimat und AfdP haben sich seitdem fortgesetzt.

Als Vorteil sieht Thomas Schröder bei den Bemühungen, ein neofaschistisches Zentrum für ganz Norddeutschland aufzubauen, die Übernahme der Gaststätte „Zum weißen Schwan" in der Schwartauer Landstraße in Lübeck: denn so steht den Nazis immer ein Veranstaltungslokal zur Verfügung. Das haben inzwischen auch die Skinheads mitbekommen, die sich in der Kneipe gerne mal vollaufen lassen. Bisher ist es jedoch den Bemühungen des Ex-NPDlers Reinhard Dutschke zum Trotz nicht gelungen, die Skinheads in größerem Stil als Mitglieder der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) zu gewinnen. Zusammen mit Stawitz und dem dritten DLVH-Landesbeauftragten, Michael Gräf, soll nun in Schröders Gaststätte ein regelmäßig tagender „nationaler Stammtisch" eingerichtet werden.

Die Bedeutung dieser zahlenmäßig kleinen Gruppe liegt darin, daß führende Vertreter der verschiedenen faschistischen Strömungen über die Chancen und Möglichkeiten eines abgestimmten Vorgehens beraten; die in Aussicht genommene Strategie wird parlamentarische und außerparlamentarische sowie gewalttätige Aktionen verbinden.

DIE REPUBLIKANER



An den
Landesvorstand
DIE REPUBLIKANER
Postfach 1421
2390 Flensburg

Kreisverband FL-SL
Postfach 1421
Tel. 0461/17330

Flensburg, 07.03.1991

A n t r a g

Verteiler: Mitglieder des Landesvorstandes SH zur Sitzung
am 23.8.1991 in Bad Segeberg
Bundesvorstand

Der Landesvorstand möge beschließen:

Eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER sowie im ARBEITSKREIS FUR DEUTSCHE POLITIK (AFDP) ist unvereinbar mit den Selbstverständnis und damit der Programmatik der Partei DIE REPUBLIKANER. Satzungsrechtlich greifen hier die Paragraphen 13 und 19 der Landessatzung sowie insbesondere die Paragraphen 3 und 9 der Bundessatzung, Seiten 4 und 5, Abschnitt Mitgliedschaft.

Wilhelm Diercks
Kreisvorsitzender FL-SL

„Junge Freiheit“ in der Krise ?



Nachdem die *Deutsche Rundschau*, Sprachrohr der „deutschen Liga“ mit *Nation und Europa* fusionieren mußte und auch das Braunzonenblatt *Criticon* nur noch vierteljährlich statt zweimonatlich herauskommt, scheint nun auch die ehrgeizige Junge Freiheit Absatzschwierigkeiten zu bekommen. In den letzten Ausgaben (Nr. 29 ff.) finden sich Aufrufe, die JF zu abonnieren beziehungsweise Kommanditist der *Kommanditgesellschaft JF Verlag GmbH & Co.* zu werden. Die Kommanditgesellschaft wurde am 13. Januar 1994 nach „Überwindung erheblicher Schwierigkeiten“ (JF) mit einem zu zeichnenden Kapital von zwei Mio. DM gegründet. Bis zu diesem Zeitpunkt waren laut JF „für knapp ein Viertel der genannten Summe Kommanditanteile gezeichnet worden“. Also hatte die monatelange Kampagne, die letztes Jahr in der Zeitung lief und Hintermänner gesucht hatte, bis zuletzt nicht den gewünschten Erfolg gebracht.



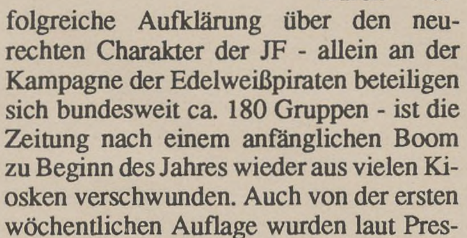
Neurechte Yuppies...

Auch die erhofften Einnahmen durch Anzeigen aus der kapitalkräftigen Wirtschaft blieben bisher aus. Außer einschlägigen Naziklitschen und den von der JF unterstützten Parteien, „Republikaner“ und „Bund freier Bürger“, inseriert bisher niemand in der JF.

Auch bei der AbonnentInnenentwicklung sei die JF „noch lange nicht an der ‚Break-even-Marke‘“ angelangt. Dies könne nur gelingen, wenn die Zahl der AbonnentInnen noch in diesem Jahr verdoppelt werden könne. Laut Anzeigenpreisliste hatte die JF am 1.1.1994 gerade mal eine Auflage von 7000. Exemplaren.

Erhebliche Probleme bereitet den Jungnazis anscheinend auch die Kampagne gegen den Vertrieb von Nazizeitungen. Chefredakteur *Dieter Stein* und Verlagsleiter *Dr. Götz Meidinger* schreiben beschönigend: „Der Kioskvertrieb ist noch nicht ganz zufriedenstellend.“

Durch erfolgreiche Aufklärung über den neurechten Charakter der JF - allein an der Kampagne der Edelweißpiraten beteiligen sich bundesweit ca. 180 Gruppen - ist die Zeitung nach einem anfänglichen Boom zu Beginn des Jahres wieder aus vielen Kiosken verschwunden. Auch von der ersten wöchentlichen Auflage wurden laut Pressegrossisten nur 5100 Exemplare verkauft.



JUNGE F

Nr. 33/94 Potsdam, 12. August 1994 Wochenzeitun

Asylantenzahlen sind keine Entwarnung

Öko-Wahnsinn Einwanderung

Wenn demnächst die deutschen Teilnehmer an der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo ihr Reisegepäck zusammenstellen, sollte auf alle Fälle ein klei- Annehmlichkeiten mit: ausreiche Wohnraum, Autos, technisches S zeug aller Art, Arbeitsplätze, Stra Kindergärten, Schulen, Freizeitein

... und ihre „Junge Freiheit“

„Manche Händler packen deshalb erst gar nicht die Zeitungen aus, andere bewahren sie unter der Kassentheke und verkaufen nur auf Nachfrage“, weiß selbst die JF 27/94.

Erfreulicherweise hat sich nun auch die größte Fachzeitschrift für den Buchhandel, das Börsenblatt des Deutschen Buchhandels (Nr. 48/1994) entschlossen, vor neofaschistischer Publizistik zu warnen. In einem gut erläuterten Überblick über das braune Netzwerk werden nun die Zeitungen *Criticon*, *Junge Freiheit* und *Europa Vorn* als rechtsextremistisch eingeordnet. Außerdem warnt das Börsenblatt vor allem vor den einschlägigen Verlagen und Buchvertrieben, so auch dem JF-Buchdienst. Buchdienste und Versandbuchhandlungen benutzen oft Bücher renommierter, liberaler Verlage, um den neofaschistischen Charakter ihrer Angebotsplatte zu verschleiern oder um den Umsatz zu erhöhen. Das Börsenblatt hat den Verlagen mögliche Gegenmaßnahmen empfohlen.

Selbst in ihrer preußischen Wahlheimat Potsdam ist mensch den JFlern nicht wohlgesonnen. Schon Anfang Mai beschloß die Stadtverordnetenversammlung, die JF aus den gemieteten Redaktionsräumen zu vertreiben, leider aber ohne Unterstützung des Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung. Vorsichtshalber haben Stein und seine Mannen aber schon mal den Vorvertrag zum Kauf eines Grundstückes in der Nähe von Schloß Sanssouci unterzeichnet.

Auf jeden Fall war die Politik der antifaschistischen Bewegung zur Ächtung der JF bisher erfolgreich, obwohl sich einige angeblich linke Personen wie Kowalsky, Templin, Scheringer oder Volker Schröder der Zeitschrift penetrant anbiedern. Es wäre gut, wenn sich die Ausgrenzung der JF und anderer neofaschistischer Publikationen auf der Frankfurter Buchmesse im Oktober durchsetzen ließe.

Antifaschistische Nachrichten 16/1994

VVN stellt Strafanzeige gegen „Europa Vorn"



Nach den Hetzkampagnen gegen AusländerInnen, gegen AsylbewerberInnen, gegen die Romafrau Nidar Pampurova, die über die Grenzen der BRD hinaus Empörung auslöste, steuert die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DL) in Köln auf einen neuen Höhepunkt zu. In einer der letzten Ausgaben von „Europa vorn", einem bundesweit erscheinenden Blatt, dokumentiert der Herausgeber Manfred Rouhs, Ratsmitglied der DL, einen öffentlich bekannten Beschluß der Antifaschistischen Landeskonferenz NRW vom März dieses Jahres, der dazu aufruft, den Einzug faschistischer Parteien in die Parlamente zu verhindern. Die Zeitschrift behauptet, daß damit „konkrete Terroraktivitäten" gegen Rechte geplant werden. Bei dieser Lüge bleibt der Autor, der mit Pseudonym „idefix" zeichnet, aber nicht stehen, sondern begründet darüber eine eigene Bewaffnung. Hatte die Liga in den letzten Monaten immer wieder bewaffnete Bürgerwehren gegen Ausländer gefordert, schreitet sie jetzt zur Selbstbewaffnung gegen AntifaschistInnen. Originalton: „Es ist unverzichtbar, daß sich rechte Aktivisten zum Selbstschutz angemessen legal bewaffnen."

In den ausführlichen Handlungsanleitungen weisen sie immer wieder auf die „legale" Bewaffnung hin; dies jedoch so aufdringlich, daß man schon stutzig wird. An einigen Stellen wird allerdings offensichtlich, daß es sich nicht um Selbstverteidigung o.ä. handelt: „Solche Gruppen wie auch mit Schußwaffen ausgestattete ‚Antifa'-Banden tauchen nicht überall im Bundesgebiet auf; dort, wo es sie gibt, kann ihnen nur mit scharfen Schußwaffen begegnet werden."

An einer anderen Stelle propagiert der Autor, daß man den politischen Gegner mit Handschellen fesseln und anketten soll: „Moderne Handschellen können ohne Schlüssel geschlossen, aber nicht wieder geöffnet werden. Wir lassen daher den Schlüssel zu Hause und vermeiden so, daß die Sowjetfaschisten ihn uns unter Anwendung von Gewalt gegen Personen abzunehmen versuchen."

Das Blatt will auch provozieren und einschüchtern. Die Autoren spielen mit Gewalt und Straftaten und lechzen nach jeder Art Medienberichterstattung. So wird beispielsweise dazu aufgefordert, Antifaschisten über rechte Veranstaltungen frühzeitig zu unterrichtenn, damit es zu Zusammenstößen mit der Polizei kommt und über rechte Veranstaltungen in den Medien groß berichtet wird.

Derartige Aufforderungen zu Freiheitsberaubung und Gewalt wurden bisher von illegalen Anti-Antifa-Blättern wie dem „Einblick" vertreten. Der „Deutschen Liga" geht es jetzt darum, die Propagierung von Gewalt gegen Linke und Antifaschisten öffentlich zu organisieren. Deshalb ist es gut, daß die VVN/Bund der Antifaschisten Köln sofort eine Strafanzeige gestellt hat. Sie weist darauf hin, daß es sich um einen neuen „Höhepunkt rechter Hetzpolitik der Deutschen Liga in Köln" handelt. Die Liga reißt mit dieser Hetze wieder einmal moralische, politische und rechtliche Schranken nieder, auch um bundesweit Aufsehen zu erregen. Werden Staatsanwaltschaft und Polizei schnell gegen die Liga vorgehen?

(Antifaschistische Nachrichten 10/94 vom 19. Mai 1994)



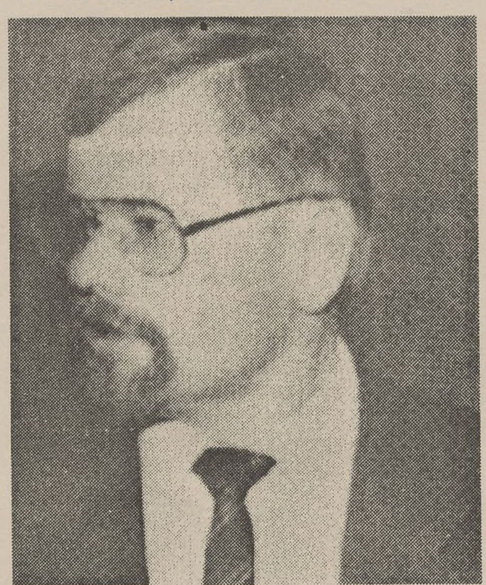
Deckert und kein Ende

Vom Umgang mit einem Skandal, der eigentlich keiner ist

Wann wird dieser Prozeß endlich zu-Ende sein? Was seit Monaten die Zeitungen füllt, begann mit einem Urteil des Mannheimer Landgerichts am 13. November 1992. Damals hatte das heute viel gescholtene Gericht den Angeklagten Dekkert kurzerhand wegen Volksverhetzung, übler Nachrede, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, ausgesetzt zu Bewährung, verurteilt. Gegen dieses Urteil, das formalrechtlich zu schlampig gefertigt war, hatten sowohl Staatsanwaltschaft als auch Deckerts Verteidiger, der in der rechten Szene beliebte Anwalt Ludwig Bock, Revision eingelegt.

Der Bundesgerichtshof gab dieser statt. Bemängelt wurde an dem Urteil des Landgerichts, daß dieses „... die Voraussetzungen der Vorschrift gegen Volksverhetzung (§ 130 StGB), welche von den angewendeten Straftatbeständen die schwerste Strafdrohung enthält, nicht ausreichend dargelegt hat.“ Erforderlich für die Verurteilung wegen Volksverhetzung sei ein Angriff auf die Menschenwürde. Volksverhetzung sei insbesondere dann gegeben, wenn „der angegriffenen Person ihr Lebensrecht als gleichwertige Persönlichkeit in der staatlichen Gemeinschaft abgesprochen und sie als minderwertiges Wesen behandelt“ werde. Mit Verweis auf die ständige Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes wird in dem Urteil erklärt, wann in Zusammenhang mit der Leugnung der systematischen Ermordung der europäischen Juden ein solcher Angriff auf die Menschenwürde vorliege, und zwar „... soweit es sich um Äußerungen handelt, die die jüdische Bevölkerung berühren, insbesondere dann ..., wenn der Täter sich mit der nationalsozialistischen Rassenideologie identifiziert, oder seine Äußerungen sonst damit in Zusammenhang stehen.“ Auf jeden Fall aber „... wenn der Täter die Tatsache der systematischen Morde an Juden als Lügengeschichte darstellt, absichtlich erfunden zur Knebelung und Ausbeutung Deutschlands zugunsten der Juden.“ Das Landgericht war in seinem Urteil auf eine solche Verletzung der Menschenwürde nicht eingegangen.

Vom BGH solchermaßen mit juristischer Nachhilfe versehen, mußte das Landgericht Mannheim sein Urteil erneut fällen. In dem Anfang August veröffentlichten Urteil stellte das Landgericht Mannheim also fest, daß Deckert den Tatbestand der Volksverhetzung tatsächlich erfüllt hat, als er auf der NPD-Veranstaltung Teile des sogenannten „Leuchterreports“ wiedergab. Die Haftstrafe wurde erneut zur Bewährung ausgesetzt. Nun kann eine Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt werden, wenn sie einerseits unter zwei Jahren liegt und andererseits der Richter zu der Überzeugung gelangt, daß der Verurteilte in Zukunft ein straffreies Leben führen wird. Zumindest muß der Richter also glauben, daß der Verurteilte die selbe Straftat nicht noch einmal begehen wird. Die Prozesse, die in den nächsten Wochen und Monaten gegen Deckert anstehen, wieder unter Vorwurf der Volksverhetzung bei anderen Gelegenheiten, können für diese Prognose keine Rolle spielen - immerhin ist er noch nicht verurteilt. Allerdings lassen sie vermuten, daß Deckert weiter seine volksverhetzende Politik und Propaganda betreiben wird. Außerdem hätten die Mannheimer Richter sicherlich beachten müssen, daß frühere Verurteilungen Deckerts im Zusammenhang mit seiner Nazi-Ideologie und -Politik nur deshalb nicht im Führungszeugnis auftauchen, weil sie aus Zeitablauf herausgestrichen wurden. Daß Richter auch von solchen Verurteilungen Kenntnis kriegen können, wenn sie nur wollen, wissen wir aus vielen Prozessen gegen - nun ja - gegen Linke.



NPD-Vorsitzender Günter Deckert

Aufschlußreich ist die Begründung der Prognoseentscheidung. Deckert wird beschrieben als „eine charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen, seine politische Überzeugung, die ihm Herzenssache ist, verficht er mit großem Engagement und erheblichem Aufwand an Zeit und Energie“, wird ihm attestiert. Die Überlegung des Gerichts, Deckert sei zu gute zu halten, daß „obwohl er seit über 30 Jahren im politischen Leben steht und die Hitze der Auseinandersetzung mit Andersdenkenden hochgradig geeignet scheint zu Straftaten zu führen... ... nicht vorbestraft“ sei, wünsche ich mir mal in einem Prozeß gegen AntifaschistInnen. Zu seinen Gunsten wird auch gewertet, daß Deckert wegen seiner NPD-Tätigkeit vor Jahren seinen Lehrerjob verloren hat. Gekrönt ist das ganze mit der Bemerkung, zur Beurteilung Deckerts Auschwitz-Leugnung wäre „nicht außer acht gelassen ... auch die Tatsache, daß Deutschland auch heute noch ... weitreichenden Ansprüchen politischer, moralischer und finanzieller Art aus der Judenverfolgung ausgesetzt ist, während die Massenverbrechen anderer Völker ungesühnt blieben“. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die Mannheimer Richter diese Zitate Deckerts zu seiner Charakterisierung verwandten, und dies wohl nicht ihre persönliche Meinung dar-

stellt, bleibt die Gesamtwertung der richterlichen Prognose eine Unverschämtheit. Gerade bei einem Überzeugungstäter wie Deckert müßte aus juristischer Sicht davon ausgegangen werden, daß höchstens eine Haftstrafe mit all ihren Begleiterscheinungen ihn davon abhalten kann, die selben Auffassungen, die ja - wie festgestellt - zu seiner Ideologie gehören, erneut öffentlich zu verkünden. Wenn die Richter schon feststellen, daß Deckert wegen seiner Nazi-Propaganda schon seinen Lehrerjob verloren hat, klingt es wie eine Verbrüderung, daraus zu schließen, er würde in Zukunft seine Propaganda für sich behalten. Allenfalls wäre den Richtern zu unterstellen, sie vertrauten tatsächlich darauf, daß Deckert von nun an die ihm von ihnen an die Hand gegebenen Formulierungen benutzen wird und damit juristisch nicht mehr zu belangen sei. Es bleibt in nächster Zeit Gelegenheit zu beobachten, ob in den anstehenden Prozessen andere Richter Deckert eine andere Prognose stellen und ihn endlich für einige Zeit von der Bildfläche verschwinden lassen.

Beispiel deutscher Normalität - aus einer Dokumentation von AntifaschistInnen aus der DDR in den 50er Jahren

Nun kann man sicher geteilter Meinung sein über die Wirksamkeit von gesetzlichen Verboten politischer Propaganda einerseits, oder aber über die Notwendigkeit neuer Gesetze, die zum Beispiel auch die bloße öffentlich zur Schau gestellte Identifikation mit dem sogenannten „Geschichtsrevisionismus" für strafbar erklären. Für den vorliegenden Fall und praktisch alle bekannten Fälle von Auschwitzleugnern reicht die vom BGH vorgetragene Definition zu einer Verurteilung. Denn, um Sprachverwirrungen vorzubeugen, - der Begriff „Auschwitzlüge" bezeichnet ja nicht die Aussagen dieser Nazis als wahrheitswiedrig. „Die Auschwitzlüge" ist der Titel eines von Thies Christophersen geschriebenen Buches, in dem er all diejenigen, die die unvergleichliche Schuld des nationalsozialistischen deutschen Staates und der TäterInnen festhalten, als Lügner, Verschwörer und die eigentlichen Feinde Deutschlands bezeichnet. Alle Stellungnahmen bekannter „Revisionisten" enthalten diese Tendenz. Warum also das vom BGH gefällte Urteil ein „Skandal" sein sollte, wie ihn Ignatz Bubis bezeichnete, und insbeondere auch von vielen PolitikerInnen so inhaltsleer genannt wurde, ist für mich nicht nachzuvollziehen. Sicherlich mag es für die SPD interessant gewesen sein, ihren 1982 vom Kabinett beschlossenen und von der folgenden CDU/FDP-Regierung runtergewirtschafteten Gesetzesentwurf noch einmal herauszustellen. Ändern wird es - das wage ich zu behaupten - nichts. Denn entscheidend für die Wirkung von Maßnahmen gegen Nazis bleibt das „Wollen". Egal: wir werden demnächst einen neuen Tatbestand im Strafgesetzbuch finden. Nach diesem wird mit bis zu drei Jahren Haft oder Geldstrafe bestraft, wer den Völkermord der Nazis in einer Weise billigt, leugnet oder verharmlost, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. Wenn später ein Landgericht oder der Bundesgerichtshof bei der Frage, ob „Infragestellen" oder ähnliches schon ein Leugnen, Billigen oder Verharmlosen darstellt, und wann eine Gefährdung des „öffentlichen Friedens" vorliegt, wieder ein mehr oder weniger abstruses Urteil fällt, werden dieselben PolitikerInnen sich wahlweise wieder auf das Gericht stürzen oder neue Gesetze fordern und wir uns eventuell nach der alten Regelung zurücksehnen.

Für die Öffentlichkeit und für ihren Wahlkampf haben die Verantwortlichen in ihren Augen mit einem solchen Gesetz genug getan. Das selbe gilt für die Richterschelte nach dem erneuten Urteil des Landgerichts Mannheim. Die lautstarken Proteste und die Empörung von Politikern und Medien waren einmütig und von in diesem Zusammenhang kaum gekannter Schärfe. Die Bundesregierung ließ verlauten, von dem Urteil seien „schlimme Signale" ausgegangen, SPD-Geschäftsführer Verheugen erklärte das ganze gleich zum „unglaublichsten Justizskandal der Bundesrepublik". Die Kritik aus diesen Kreisen mußte auch so laut, der Ton so ruppig sein; immerhin sollte mit der Erklärung gleichzeitig belegt werden, daß solche Ereignisse in Deutschland die absolute Ausnahme sind. Warum dies so sei, wurde inhaltlich natürlich nicht begründet. Allein Fernsehsendungen wie ZAK oder kritische Zeitungen erinnerten daran, daß das Urteil nur eines von vielen Urteilen ist, die Zweifel an der Gesinnung der deutschen Justiz aufkommen lassen. Erst im Frühjahr wurde z.B. einer der Klassiker der Auschwitzleugner, das Buch „Wahrheit für Deutschland - die Schuldfrage des 2. Weltkrieges" des langjährigen NPD-Aktivisten Udo Walendy vom Bundesverfassungsgericht als durch das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt rehabilitiert. Entschädigungsforderungen ehemaliger KZ-Insassen werden mit Begründungen abgelehnt, die diese nur als Verhöhnung empfinden können, und bei der Verfolgung von faschistisch und rassistisch motivierten Gewalttätern macht die Justiz, wenn es sich nicht gerade um Fälle wie die Brandstiftungen von Mölln oder Solingen handelt, eine ähnliche Figur wie die Polizei in Magdeburg und anderswo, die solche Täter offensichtlich deckt.

Die ganze Aufregung stellt sich mit etwas Abstand betrachtet folgendermaßen dar: um von generellen Mißständen abzulenken, um die gesellschaftliche Normalität abzuleugnen, wird ein einzelner erschreckender Vorfall zu dem Skandal erklärt, an dem das eine oder andere Exempel statuiert werden kann, mediengerecht und gerade rechtzeitig zum Wahlkampf. Mit einem neuen Gesetz, der „Zwangskrankschreibung" der Mannheimer Richter, ist das ganze Problem für die Politik dann abgehandelt. Für die Leidtragenden der Hetze und Übergriffe wird sich damit nichts ändern.

Fantomas

Meldungen

Amtsgericht Kiel: 7.200.-DM wegen Volksverhetzung

Zu einer Geldstrafe von 7200 DM wude am 11. August 1994 ein Münchner Rentner vom Amtsgericht Kiel verurteilt. Die Geldstrafe wurde wegen Volksverhetzung verhängt. Der Mann hatte auf einen Aufruf gegen Rassismus in der Vereinszeitung des TuS Hasseldieksdamm-Mettenhof im September 1992 mit rassistischen und antisemitischen Gegendarstellungen reagiert.

Nazi-Terror gegen Pastor

Wegen seines Engagements für Flüchtlinge ist ein Pastor aus Bramfeld (Hamburg) von Neonazis bedroht worden. Einmal wurde die Kirchenwand besprüht: „Pastor J. Volksverräter", ein anderes Mal mußte eine vermeintlich scharfe Bombe im Vorgarten des Grundstücks des Pastors entschärft werden. Am 20. November 1993 waren die drei Angeklagten Thorsten B., Tobias T. und Hartmut W. aus dem Umfeld der *Nationalen List e* vor dem Haus des Pastors aufmarschiert und hatten mehrfach das Horst-Wessel-Lied gesungen. Deshalb waren sie nun wegen Verwendens der Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen angeklagt.

Als Verteidiger der Nazis trat der Hamburger Nazi-Anwalt Rieger auf. Während der Verhandlung forderte er den Pastor auf, doch die Melodie des Horst-Wessel-Lieds zu singen. Der Richter weist dies zurück und schlug Rieger vor, selbst das Lied zu singen. Dieser verzichtete jedoch, weil er schlechte Presseberichte befürchtete. Die Angeklagten wurden zu drei Monaten auf Bewährung und zur Zahlung von jeweils 1500 DM an die Jüdische Gemeinde Hamburg verurteilt.

Bonn sponsert rechte Propaganda 1

Der Pressesprecher der SPD-Bundestagsfraktion in der Projektarbeitsgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt", Siegfried Vergin, hat in einer Pressemitteilung darauf hingewiesen, daß die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung eine ganzseitige Anzeige in der rechtsextremen Zeitschrift „Code" geschaltet habe. Er fragt, ob so die von der Bundesregierung angekündigte Bekämpfung des Rechtsextremismus aussähe; denn mit dieser Anzeige finanziere sie diese im Verfassungsschutzbericht seit 1987 als rechtsextrem ausgewiesene Zeitschrift. Vergin: Das ist ein Skandal ohnegleichen, schließlich handelt es sich um ein Blatt, das durch seine Ausländerhetze.auffällt. „Code" verfolgt im übrigen das Ziel, NS-Verbrechen zu leugnen und sie als Produkt der unvermeidlichen „jüdischen Propaganda" hinzustellen. „Code" arbeitet eng zusammen mit der US-amerikanischen Revisionistenzeitung „The Spotlight". (SPD-Pressedienst vom 8.7.94)

Bonn sponsort rechte Propaganda 2

750.000,-DM an Zuschüssen aus dem Bundeshaushalt erhält die *Landsmannschaft Ostpreußen* allein im Jahr 1994. Mit diesen Geldern wird unter anderem die Verbandszeitschrift *Ostpreußenblatt* finanziert. In dieser ist z.B. in der Ausgabe vom 23.4.94 zu lesen, der „Infragestellung des Vorhandenseins von Gaskammern" gebühre „Bewunderung" und sei als Ausdruck von „Zivilcourage" zu bewehrten.

KZ-Aufseherin erhält Haftentschädigung

Die ehemalige KZ-Aufseherin *Margot Kunz* hat von der Bundesrepublik Deutschland eine Entschädigung in Höhe von 64.000,-DM erhalten. Margot Kunz war bis April 1945 Aufseherin in einem Außenlager des KZ Ravensbrück. Wegen dieser Tätigkeit wurde sie von einem sowietischen Militärgericht verurteilt. Sie saß insgesamt acht Jahre in MIlitär- und Strafhaft. Berechnet auf die acht Jahre, die sie sich in Haft befunden hat entspricht dies einer Entschädigungshöhe von über 600,-DM pro abgesessenen Monat. Dagegen erhalten Opfer der KZs bis heute nur 150DM Entschädigung für jeden Monat KZ-Haft.

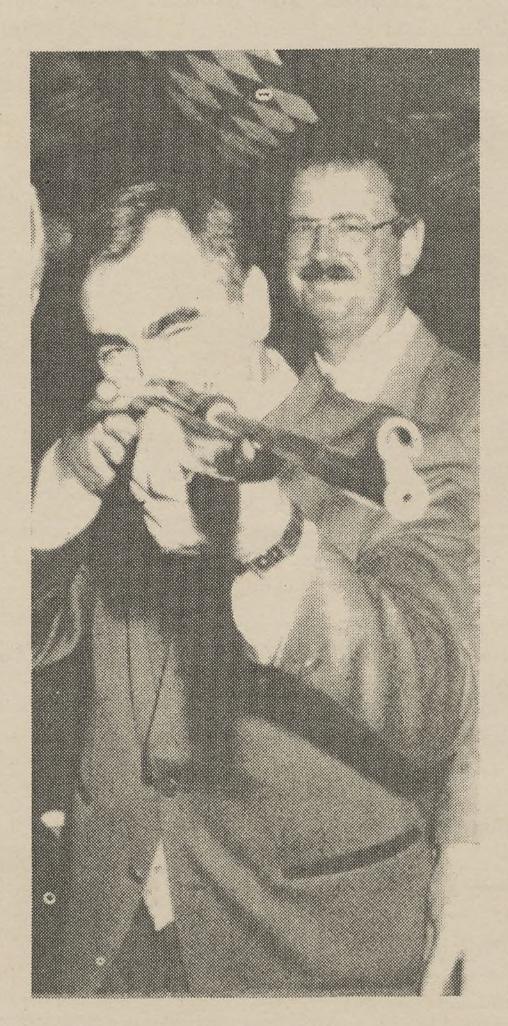
Die „Europäische Hausordnung"

Die Hausordnung wird unter den Verhältnissen, in denen wir leben, weniger von den Bewohnern des Hauses, sondern eher vom Hausbesitzer diktiert und ist bei Strafe der Ausweisung zu befolgen.

Wie aber steht es da um das europäische Haus? CSU-Vorsitzender Waigel scheint darüber seine eigenen Vorstellungen zu haben. Jedenfalls diktierte er im Stile eines Hausbesitzers auf dem Sudetendeutschen Tag in Nürnberg der tschechischen Regierung, vor einem Beitritt zur Europäischen Union müsse sie bereit sein, bei den Minderheitenrechten „die europäische Hausordnung zu akzeptieren". Was Waigel darunter versteht, sprachen der bayerische CSU-Ministerpräsident Stoiber und der Vetriebenensprecher Neubauer aus. Prag soll sich von der Vertreibung der Deutschen distanzieren und die Benesch-Dekrete aufheben, „die Straftaten an Deutschen rechtfertigen". Gemeint sind Dekrete des tschechoslowakischen Exilpräsidenten Benesch, der sie 1940 bis 1945 erlassen hatte, um zumindest ansatzweise das Unrecht zu tilgen, das seinem Land durch die nazistische Okkupation zugefügt worden war. Dazu gehörte auch die Enteignung deutscher Besitztümer. Die Benesch-Dekrete sind Teil der tschechischen und slowakischen Rechtsordnung und gelten als unantastbar. Eine Änderung, wie sie jetzt von Waigel und Stoiber verlangt wird, würde nach den Worten des tschechischen Staatspräsidenten Havel eine Revision der gesamten Nachkriegsverhältnisse in der Tschechischen Republik bedeuten. Dazu gehören auch die Eigentums- und Besitzverhältnisse. Der tschechische Ministerpräsident Klaus meinte, „eine Vorstellung, daß es möglich wäre, die Benesch-Dekrete in irgendeiner Weise ungeschehen zu machen, ist mir unbegreiflich und fremd. Es geht einfach nicht".

Auch wenn Waigel und Stoiber mit ihren großdeutschen Macht- und Besitzansprüchen allein dastünden, wäre das schon peinlich und schlimm genug für gute und friedliche Nachbarschaft in Europa. Aber die Zeichen mehren sich, daß einflußreiche Kreise in Bonn auf diese oder jene Art die Revision der Nachkriegsverhältnisse verfolgen und die Hausordnung in Europa bestimmen wollen. Manchmal scheinen es Kleinigkeiten zu sein. So wandte sich das Auswärtige Amt mit einem Schreiben an alle zuständigen Dienststellen, in dem es hieß: „Betrifft: Ortsbezeichnungen im Schriftverkehr der Länder, Landkreise und Gemeinden mit Polen und der Tschechischen Republik. Aus gegebenem Anlaß ist darauf hinzuweisen, daß im Schriftverkehr von Ländern, Landkreisen und Gemeinden mit polnischen und tschechischen Stellen für Städte, bzw. Orte, die in Polen oder der Tschechischen Republik liegen, in deutschen amtlichen Texten deutsche Namen zu verwenden sind, sofern es sich nicht um Namensgebung aus der NS-Zeit handelt."

Unterschrieben ist diese Weisung mit Dr. R. Bettzuege, Auswärtiges Amt, Bonn, 4. Februar 1994. Eine Kleinigkeit? Polnische und tschechische Zeitungen empfanden das anders. In der „Gazeta Lubuska" hieß es kurz nach Bekanntwerden der Weisung des deutschen Außenministeriums: „Seit zwei Monaten sind die amtlichen Stellen der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie ein dienstliches Schreiben nach Zielona Góra oder Choszczno aufgeben, von ihrer Regierung verpflichtet worden, sie nach ‚Grünberg' oder ‚Arnswalde' zu adressieren. Auch die einzelnen Bestandteile des Anhangs von Bettzueges Machwerk müssen mit kritischem Auge angesehen werden. Der eine besteht aus zwei Teilen der Karte ‚Östliches Mitteleuropa'; sie zeigen die Gebiete des nördlichen und südlichen Polen und sollen als Hilfsmittel dienen, die Anschriften in Polen ‚auf neue Art' zu schreiben. Auf diesen Karten sind die Namen jener Ortschaften, die in den wiedererlangten Gebieten aber auch jener in den ehemals preußischen Teilungsgebieten und sogar in Territorien, die mit Ausnahme der faschistischen Okkupation niemals unter deutscher Herrschaft standen, an erster Stelle mit deutscher Benennung wiedergegeben und mit polnischer an zweiter. Es gibt auch keine Hemmungen, entsprechend der ausgegebenen Weisung die Post für Zabrze nach ‚Hindenburg' zu adressieren."



Mit Vollgas gegen Oder-Neiße - CDU-Ostpolitik 1994:aggressiv und revanchistisch

Der neue Präsident des Bundes der Vertriebenen, CSU-Politiker Fritz Wittmann, hält sich nicht bei der deutschen Schreibweise polnischer und tschechischer Städte auf. Ihm geht es um Größeres. Befragt nach der Oder-Neiße-Grenze als deutscher Ostgrenze meint er unter anderem: „Durch einen friedlichen Wandel kann das Bestehende unter Achtung der Selbstbestimmung beider Partner und des Rechtes auf Heimat verändert werden." Auf die Nachfrage, ob es möglich sei, die Veränderung der Grenzen anzustreben, ohne in Warschau oder Prag Mißtrauen zu erregen, meinte Wittmann, „wenn die Beteiligten sich einig sind, - ja".

Harmlos, biedermännisch wird so die Forderung - von der man nie abgelassen hat - nach Veränderung der Grenzen neu vorgetragen. Das Auswärtige Amt ordnet indessen zweckdienlich an, die Namen polnischer und tschechischer Städte gefälligst deutsch zu schreiben. Und von der Tschechischen Republik verlangen führende Regierungspolitiker, sie sollten ihre innerstaatlichen Gesetze ändern - zum Schaden der eigenen Bürger. Eine europäische Hausordnung - geschrieben nach solchen Maßen - da hängt der europäische Haussegen schief. Nationalismus plus Forderung, die Grenzen zu ändern, haben noch nie dem friedlichen Miteinander in Europa gedient.

(Antifa 8/1994)

Bücher Bücher Bücher

Das Feld des Vergessens

Ingrid Strobl: Das Feld des Vergessens; Berlin 1994, Edition ID-Archiv, 140 S., 14 DM..

Mit „Das Feld des Vergessens" hat die bekannte Journalistin Ingrid Strobl ihr neuestes Buch vorgelegt. In ihm sind größtenteils schon in anderen Zeitungen veröffentlichte Beiträge zur Geschichte des jüdischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus und zur „Vergangenheitsbewältigung" in Deutschland enthalten.

Im einzelnen geht es beispielsweise um die Erfahrungen, die Ingrid Strobl mit Chaika Grossman, dem ehemaligen führenden Mitglied der jüdischen Widerstandsbewegung in Wilna und Bialystok, bei den Dreharbeiten zu dem Film „Mir zeynen do" machte. Zwei weitere Aufsätze haben ebenfalls den jüdischen Widerstand in Osteuropa zum Inhalt. Andere beschreiben den heutigen Umgang mit den deutschen Nazi-Verbrechen. „Vernichtung ohne Vernichter" über die Ausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz arbeitet heraus, wie der Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen gedacht wird: ohne die Nennung der TäterInnen; die Opfer werden nur als Wehrlose dargestellt. Ingrid Strobl geht mit „Brauner Werbespot" auch auf die mediale Verharmlosung heutiger Nationalsozialisten ein und analysiert Inhalt und Ästhetik des Filmes „Beruf Neonazi" über Ewald Althans. Besonders lesenswert und inhaltlich am meisten zugespitzt ist der Text „Das unbegriffene Erbe. Bemerkungen zum Antisemitismus in der Linken". In ihm zeigt sie, wie die deutsche Linke ihre besondere Verantwortung für den Staat Israel aus ihrer Position als Angehörige der Täternation Deutschland verneint und unter dem Vorwand des „Antizionismus" antisemitische Ansichten pflegte und pflegt.

Die Aufsatzsammlung ist ein gutes Mittel, den umstrittenen Umstand, daß es immer noch ein Unwissen in der linken und antifaschistischen Bewegung über jüdischen Widerstand und Antisemitismus gibt, anzugehen. So zeigt sie unter anderem, daß Juden und Jüdinnen durch den Nationalsozialismus die meisten Opfer zu beklagen hatten - und nicht die Arbeiterbewegung, wie noch weithin unter Antifas angenommen wird. Überaus einfühlsam schildert sie die Gefühle der Überlebenden, die noch heute von ihren Erinnerungen drangsaliert werden und unter dem Schuldgefühlen leiden, daß gerade sie überlebt haben, während „die damaligen Täter als rüstige Senioren fröhlich um ihre Vorgärten joggen".

B.H.

Auf der Suche nach einem neuen Zeitalter

Jens Uwe Ries: Auf der Suche nach einem neuen Zeitalter. Osnabrück (Packpapier Verlag) 1994. 510 Seiten, 35 DM

Jens-Uwe Ries führt in seinem in dreieinhalb Jahren erarbeiteten 500 Seiten starken Band eine „Auseinandersetzung mit Esoterik, Anthroposophie sowie Fragmenten eigener Utopien".

In rund 40 Beiträgen und einigen Gedichten befaßt sich Ries nach einer relativ breiten Literatursuche auf ca. 240 Seiten mit einer Vielzahl von religiösen und esoterischen Erscheinungsformen und Büchern (beispielsweise mit Wissenschaft und Wunder, Karma, „Krankheit als Weg", „Schicksal als Chance", Positivem Denken, C.G.Jung, „christlichen" Esoterikern, Wahrsagen, Okkultismus, „kritischer Astrologie"), und auf weiteren 200 Seiten mit „verschiedenen Gesichtern der Anthroposophie" und stellt auf den letzten 50 Seiten seine persönlichen Utopien vor.

Im Vorwort gibt Ries dem Leser das Versprechen, „sich nicht allein in Ablehnung zu gefallen", sein Buch sei „kein Futter für bequeme Atheisten". Er wendet sich gegen ein „linkes Denken", welches im Negativen und im Kritisieren stehenbleibe. Wichtig sei ihm dagegen „das Suchende zu betonen und einige Argumente gegen voreilige Aburteilungen zusammenzutragen...". Eingeflochten werden darin immer wieder Ergebnisse seiner Suche und „Überbleibsel eigener Utopien". Er versuche „anhand verschiedener Aussagen zur Religion eine eigene Positionsbestimmung".

Zu seiner Biographie sagt Ries u.a.: „...verwundert dürften die ´Genossen´ der ´K-Gruppe´ gewesen sein, als ich das Falzen und Zusammenlegen der ´Metallarbeiter-Zeitung´ unterbrach, um ein Treffen der Mormonen aufzusuchen. Mich schreckte schließlich die Unfreiheit und die gezwungene Atmosphäre dort doch zu sehr ab, so daß diese Phase schnell überwunden war. Eine einige Jahre später folgende „Lebenskrise" ließ mich schon nicht mehr nach einer Erlösungsreligion suchen...".

Ries verfaßte bisher Prosa und Lyrikbände und beabsichtigte auch mit diesem Werk, kein reines Sachbuch zu verfassen.

Ries selbst schätzt sein Buch folgendermaßen ein: „Bei der Fülle des hier vorliegenden „Materials" kann manches notwendigerweise nur gestreift werden, das eine ausführlichere Behandlung verdiente. Dennoch liegt hiermit, wie ich glaube, ein „Werk" vor, das eine eigene Urteilsbildung möglich

Bücher Bücher Bücher

macht oder doch zu manchen (weiter zu verfolgenden) Fragen anregt".

Für Ries´ Buch wird derzeit breitflächig geworben (u. a. in Ökojournal, Contraste, ak), und zwar mit dem Tenor, es sei eine lang ersehnte Kritik an Esoterik und Anthroposophie ohne ein vorschnelles Urteilen. Mit seiner Abwendung vom rein „negativen" und „kritischen" „linken Denken" hin zum religiösen Denken trifft er den Trend der Zeit ebenso wie mit seinem Vorsatz, zu suchen, Fragen zu stellen anstatt Antworten zu geben. In der Tat stellt Ries in seinem Buch Fragen, teils sachliche, teils sehr persönliche; allerdings stellen sich für den/die LeserIn so manche Fragen wohl eher unbeabsichtigt aus der Zitatenaneinanderreihung als Verständnisfragen.

Ries arbeitet mit vielen langen Zitaten, stellt inhaltlich konträre Zitate hintereinander, jedoch oft ohne jede Interpretation oder Anmerkung und ohne einen erkennbaren roten Faden; dieser läßt sich nur im zweiten, der Anthroposophie gewidmeten Kapitel erahnen. Die ausgewählten Zitate sind teilweise durchaus interessant; um so bedauerlicher ist es, daß statt einer inhaltlichen Auseinandersetzung lediglich eine Reihe lockerer Gedankenassoziationen folgt. Ries reißt - wie er selbst schreibt - nur alles an, wobei manche Passagen dennoch äußerst langatmig und unstrukturiert erscheinen; weniger und dafür strukturierter oder tiefer gehender wäre sicher mehr gewesen.

Bezüglich der Fragen hingegen wäre ein mehr sehr wünschenswert, insbesondere wo Ries das Fragen und Suchen zu seinem speziellen Anliegen erklärt hat. Hier scheint es, als sei ihm mit dem Vorsatz, nicht nur dem Negativen und Kritischen zu verfallen, auch so manch kritische Frage nicht mehr in den Sinn gekommen zu sein. Beispielsweise fragt er kaum nach Gemeinsamkeiten, Zielen, Hintergründen und Menschenbildern von Esoterikern und scheint auch ansonsten nicht viel vom Recherchieren zu halten.

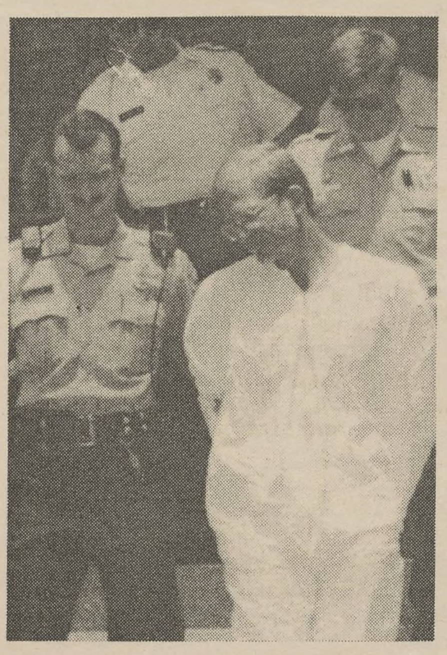
Insgesamt ist das Buch - insbesondere nach der vielversprechendenVorankündigung - enttäuschend: ein lockeres Sammelsurium von Gedanken, die zwar Fragen anregen, aber angesichts von 510 Seiten doch vereinzelt bleiben.Es bleibt nur zu hoffen, daß eine Urteilsbildung allein basierend auf diesem Werk - wofür Ries es ja laut eigenen Aussagen u. a. gedacht hatte - nicht vorgenommen wird.

USA: neuer Mord militanter Abtreibungsgegner

Als der Arzt John Bayard Britton Ende Juli in Begleitung seiner Frau und des Leibwächters James Barrett die Klinik in Pensacola betreten wollte, mußte er sich durch eine Gruppe von Abtreibungsgegnern drängeln. Vor der Klinik wurden die beiden Männer von dem christlichen Fundamentalisten Paul Hill erschossen; die kugelsichere Weste, die Britton trug, konnte seinen Tod nicht verhindern.

In Pensacola waren bereits vorher Brandanschläge auf Kliniken verübt worden, in denen Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden. Und im März 1993 war dort der Arzt David Gunn von einem militanten Abtreibungsgegner beim Betreten der Klinik erschossen worden. Damals hatte der oben genannte Paul Hill in Fernsehsendungen den Mord gerechtfertigt.

Die Morde in Pensacola und weitere Brandanschläge in Falls Church, Virginia,



Mörder Hill: „Eine Sache ist sicher; hier werden heute keine Babies sterben".

sind Ausdruck einer Radikalisierung von Teilen der US-amerikanischen Bewegung gegen Schwangerschaftsabbrüche. Seit 1982 registrierten die zuständigen Behörden 146 Bomben- und Brandanschläge auf Abtreibungskliniken. In den vergangenen zwei Jahen wurden 36 Fälle aktenkundig. Zerstörungen und Hakenkreuzschmierereien sind an der Tagesordnung, Ärzte und Ärztinnen erhalten Drohbriefe, Patientinnen werden eingeschüchtert. Nachdem der Oberste Gerichtshof der USA im vergangenen Jahr die Abtreibungsregelung mit knapper Mehrheit bestätigt hatte, nahm der Terror der AbtreibungsgegnerInnen zu. Die Bewegung kann sich auf ein breit gefächertes Netzwerk stützen. In vielen Wahlbezirken, besonders im Süden der USA, beherrschen die Fundamentalisten bereits die örtlichen Parteigliederungen der Republikanischen Partei.

Das Rechte Netz in der Region Rhein-Neckar und Rhein Hessen

Wir wollen in dieser Broschüre die uns bekannte aktuelle Entwicklung, die Strukturen und Vernetzungen der Rechten und Nazi-Szene in der Region Rhein-Neckar und Rhein-Hessen aufzeigen, so daß niemand sagen kann, er/sie habe von nichts eine Ahnung gehabt. Wir sehen dies auch als Beitrag dafür, im Wahljahr 1994 Roß und Reiter bekannt zu machen.

56 Seiten, 6 DM
Bezugsadresse: Pumuckl
Stichwort „Rechtes Netz"
L 14, 6
68161 Mannheim

INFORMATIONSDIENST SCHLESWIG-HOLSTEIN

Projekt ID-SH

Die erste Ausgabe des Infomationsreaders vom Projekt ID-SH ist soeben erschienen. In dieser Dokumentation sind Texte und Mitteilungen zusammengefaßt, die aus dem Computernetz CommLink zusammengestellt wurden. Die Dokumentation erscheint monatlich.

1 Exemplar 8,- plus 2,- Porto
ab 5 Exemplare 6,50 plus 4,- Porto

Bestellungen, Geld oder Verrechnungsscheck im Briefumschlag an:

Projekt ID-SH
Bahnhofstr. 44
24534 Neumünster

DOKUMENTATION JULI 94

SCHWERPUNKTTHEMA

Es sind tatsächlich Faschisten, die Märchen erzählen!

" FASCHOMÄRCHEN"

Menschen vom Netzwerk - GT haben einen längeren Text verfaßt, der sich mit der Frage beschäftigt:

„Was sind Märchen" ?

Sie haben sich in ihrem Text mit den Fragestellungen nach dem historischen Zusammenhang von Märchen, Heidentum und völkischer Ideologie beschäftigt. Die Strukturen der „neo" - faschistischen Märchenscene werden aufgedeckt und die Inhalte der „neo"- faschistischen und reaktionären Märchenrezeption wird thematisiert.
Brauchen Kinder Märchen?
Ist ein emanzipatorischer Umgang mit Märchen vorstellbar?
Dies sind zwei weitere Fragen, die in diesem Text erläutert werden.

OFF LIMITS

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT

Themen in Nummer 5, August/September 1994:

- Debatte um Legalisierung von Illegalisierten
- Immigration und Legalisierungen: USA, Niederlande, Frankreich
- Innere Sicherheit: Die Bedrohungslüge
- Jugendliche Flüchtlinge in Hamburg

und vieles mehr...

off limits erscheint sechs Mal im Jahr und kostet DM 5,-. Das Jahresabo kostet DM 30,-.

Bestelladresse:

off limits
c/o Haus für Alle
Amandastr. 58
20357 Hamburg

Tel.: 040 - 43 15 87 Fax: 040 - 430 44 90

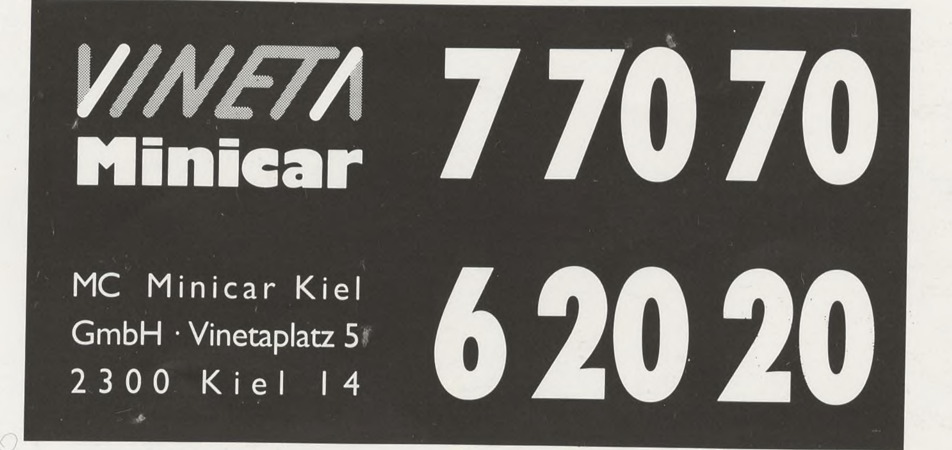







AUTONOMES MÄDCHENHAUS
Kiel
TREFFPUNKT
UND
BERATUNG
KAISERSTR. 58, 23 KIEL 14
TEL.: 0431 - 73 37 75
MO 12 - 14 h
DI 14 - 16 h
DO 10 - 12 h
und nach Vereinbarung
ZUFLUCHT
TEL.: 0431 - 64 20 69
FÜR MÄDCHEN UND
JUNGE FRAUEN
IN NOT
AB 14 J.
Mädchennotruf
73 10 00


BAMBULE
KNEIPENRESTAURANT
BAMBULE
KNEIPENRESTAURANT
Täglich wechselndes Stammessen
Unser Biergarten ist bei schönem Wetter geöffnet
Verschiedene vegetarische Gerichte
Ostufer
Ostufer
Iltisstraße 49
Tel.: 731637


VINETA
Minicar
7 70 70
MC Minicar Kiel
GmbH · Vinetaplatz 5
2300 Kiel 14
6 20 20


Antifaschistisches
INFO

Veranstaltungshinweise

Demonstration gegen das Nazi-Zentrum in Kvaers/Dänemark; 24.9.15 Uhr

Dänische AntifaschistInnen haben eine Demonstration in Kvaers angemeldet. Kvaers ist ein kleiner Ort hinter der dänisch-deutschen Grenze, in dem der Chef der inzwischen verbotenen „Nationalistischen Front", Meinolf Schönborn, ein Haus gekauft hat. Von dort aus will er eine Organisation in Deutschland aufbauen und legal seine Propaganda versenden, wie dies seit Jahren auch der Altnazi Christophersen aus dem Nachbardorf Kollund macht. Auch aus Schleswig Holstein sollen sich möglichst viele Menschen an der Demonstration beteiligen, damit diesen Nazis endlich das Handwerk gelegt wird.

Interkulturelle Wochen:

Bis Mitte November finden in Kiel Interkulturelle Wochen statt,Getragen von einer Vielzahl von Initiativen und kommunalen Einrichtungen beschäftigen sich zahlreiche Veranstaltungen, Diskussionen und Workshops mit den Problemen, Chancen und Perspektiven des offenen Zusammenlebens verschiedenster Kulturen und Menschen. Nähere Veranstaltungshinweise und Informationen sind den Veranstaltungszeitschriften und öffentlichen Ankündigungen zu entnehmen.

Die Auschwitzleugner - Strategien rechtsradikaler Geschichtsfälscher

30. 11., 20 Uhr, Bildungswissenschaftliche Hochschule Flensburg, Kleiner Hörsaal, Detlef Korte, Institut für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte Schleswig

Warum wir Abonnements brauchen:

Seit ca 6 Jahren erscheint die ATZE vierteljährlich. Sie wurde gegründet vom damaligen „Antifaschistischen Plenum Kiel". Inzwischen wird sie von einer eigenständigen Redaktion herausgegeben. Die Redaktion besteht aus Antifaschistinnen und Antifaschisten aus den verschiedenen politischen Spektren.

Wir versuchen:

-die Diskussionen innerhalb der gesamten antifaschistischen Bewegung darzustellen, und weiterzuentwickeln.

-über Diskussionen und Entwicklungen innerhalb der faschistischen Bewegung und Parteien, sowie der „Braunzone" zwischen Faschisten und bürgerlichen Parteien zu informieren.

Darüber hinaus beschäftigen wir uns mit den gesellschaftlichen Grundlagen, aus denen heraus sich faschistisches Gedankengut entwickelt. Rassismus und Fremdenhass sind solche Grundlagen, genau wie die Diskriminierung und Unterdrückung von Frauen. Woher kommen solche Strukturen, wem nützen sie, und wie können wir dagegen angehen?

Nicht zuletzt beschäftigen wir uns mit den ökonomischen und politischen Ursachen des Faschismus.

Ohne Abonnements kann eine Zeitung wie die **atze** nicht überleben. Sie sind die Basis für die nächsten Ausgaben und Projekte. Wir haben uns vorgenommen, die Anzahl der Abos auf 1/3 der in Kiel verkauften Hefte zu steigern. Das würde für uns eine finanzielle Unabhängigkeit bedeuten, die es uns erlauben würde, die Zeitung besser zu gestalten, mehr und intensivere Recherchen zu betreiben, und gegebenenfalls ab und zu eine Sondernummer zu finanzieren, ohne dafür Schulden machen zu müssen.

Um diese Ziele zu erreichen, sind wir auf eure Mithilfe angewiesen. Jedes Abo ist für uns ein zinsloser Kredit, mit dem wir arbeiten können und spart uns Zeit und Arbeit.

Ihr könnt die ATZE ganz einfach abonnieren: Überweist 15 DM auf unser nebenstehendes Konto - Stichwort ATZE - und ihr erhaltet die nächsten vier Ausgaben brandaktuell frei Haus.

Namen und Adresse nicht vergessen!

Also - abonniert massenhaft und werbt auch bei anderen für ein Abo der ATZE

Atze

Antifaschistische Zeitung für Kiel

Schweffelstraße 6

24118 Kiel

Bankverbindung: S. Petersen, KtoNr.: 47 53 83 - 204 , Postgiroamt Hamburg BLZ: 200 100 20